50 Jahre Hamburger Aufstand Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 40 vom 13. Oktober 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Arabische Völker im Kampf gegen israelische Angreifer

Die israelischen Zionisten haben erneut eine Aggression gegen die arabischen Länder begonnen. Bereits seit Tagen konzentrierten sie ihre Truppen an den Grenzen zu Syrien, Ägypten, Jordanien und zum Libanon. Am Sonnabend griffen israelischen Verbände am westlichen Suez die ägyptischen Truppen an und bombardierten im Libanon ein Lager der Palästinenser.

Syrien und Ägypten haben sofort eingegriffen und den Anschlag zurückgeworfen: Syrischen Trupppen gelang nicht nur das Zurückwerfen des Feindes, sondern sie konntendarüberhinaus einen Teil der Golanhöhen befreien, die seit 1967 widerrechtlich von Israel besetzt gehalten werden. Ägyptischen Truppen gelang es den Angriff abzuwehren und den Feind auf die Sinai-Halbinsel zurückzudrängen. Die israelischen Truppen erlitten große Verluste.

Die beiden Supermächte, die bisher dafür sorgten, daß die arabischen Gebiete von Israel besetzt blieben, unterstützen auch jetzt die israelische Aggression. Nach einer Sitzung des amerikanischen Nationalrates mit Kriegsminister Schlesinger wurde die 6. US-Flotte von Athen aus in Richtung Naher Osten in Bewegung gesetzt. Und die Sozialimperialisten in Moskau ließen bereits vor dem Überfall Israels ihre Berater abziehen. Statt den gerechten Kampf der arabischen Länder gegen den Angriff Israels zu unterstützen, telephonieren sie in Moskau mit den US-Imperialisten über eine politische 'Lösung' – gegen die arabischen Völker.

Der erneute Überfall der israelischen Zionisten auf arabische Länder ist ein Glied einer langen Kette von Aggressionen und Verbrechen gegen die arabischen Völker, die von Israel im Komplott mit den Supermächten durchgeführt wurden. Die Gründung des Staates Israel selbst, von englischen Imperialisten und US-Imperialisten ermöglicht, geschah widerrechtlich gegen den Willen der arabischen Völker auf palästinensischem Boden. Von jeher diente dieser Staat den imperialistischen Mächten als Speerspitze gegen die arabischen Völker, um diesen Völkern ihr Öl zu nehmen und sie zu unterjochen. Der Angriffskrieg 1967, seit dem Israel weite Gebiete Palästinas widerrechtlich besetzt hält, hunderte Einfälle in die arabischen Länder, um Terror gegen die Bevölkerung auszuüben, um palästinensische Befreiungsorganisationen zu zerschlagen – all diese Schandtaten, die tausenden Menschen das Leben kosteten, gehen mit auf Kosten der Supermächte, in deren Auftrag Israel vorgeht.



Mit rasselnden Ketten rollen israelische „Centurion"-Panzer über eine dunkle Asphaltstraße in Richtung Golan-Höhen.

Fortsetzung auf Seite 5

Kommunistischer Arbeiter von Polizei verschleppt!

Günter Wagner, 27 Jahre, Kommunist, Arbeiter bei Thyssen Duisburg, seit mehreren Wochen dort polizeilich gemeldet, wurde am 29.9.73 von der Polizei verschleppt. Weder seinen Eltern und Geschwistern noch seiner Verlobten und seinem Rechtsanwalt wird sein Aufenthaltsort bekanntgegeben oder erlaubt, Kontakt mit ihm aufzunehmen. Presse und Funk schweigen sich beharrlich aus.



Duisburg: Demonstration für die sofortige Freilassung des Genossen Günther Wagner.

Das geschah in den vergangenen Tagen:

Freitag, 29.9.: Genosse Günther wird auf dem Heimweg von seiner Arbeit vor seiner Haustür von Polizisten verhaftet, die nach Aussagen der Nachbarn dort schon den ganzen Tag gewartet hatten. Am gleichen Tag taucht die Polizei bei seinen Eltern in Bayern auf und teilt mit, gegen ihren Sohn liege ein Haftbefehl vor.

Montag, 1.10.: Genosse Günther wird dem Haftrichter vorgeführt, der die weitere Untersuchungshaft und seine Verschiebung nach Bayern anordnet.

Als Grund wird angegeben: Genosse Günther habe ein Flugblatt unterzeichnet, das im letzten Februar in München verteilt wurde und den Titel trug: "Freiheit für alle politischen Gefangenen". Haftgrund: Fluchtgefahr - obwohl er festen Wohnsitz und feste Arbeit nachweisen kann.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde ihm - gegen die gesetzlichen Vorschriften - nicht erlaubt, seine Verwandten von der Verhaftung zu informieren, seinen Rechtsanwalt zu verständigen und sich in seinem Betrieb zu entschuldigen. Am gleichen Abend wird das Verschwinden des Genossen bekannt. Bei der Suchaktion nach ihm werden mehrere Bekannte und Verwandte von der Polizei beschattet. In der Nacht wird klar: Der Genosse ist verhaftet.

Dienstag, 2.10.: Ein Rechtsanwalt wird eingeschaltet. Er erfährt jedoch nicht, wohin Günther gebracht wurde – er hat ja keine Vollmacht! Die Verlobte des Genossen wird von der Polizei abgespeist: 'fragen Sie den Mann doch selber – er wird nach München gebracht.' Wo er sich zur Zeit befindet – kein Wort.

Mittwoch, 3.10.: Noch immer wird kein Rechtsanwalt bei Günther vorgelassen, sein Aufenthaltsort verheimlicht, Anrufe bei Zeitungen ergeben: Die Verhaftung wurde von der Polizei nicht an die Presse weitergegeben – obwohl das üblich ist. Die Presseagenturen und Zeitungen weigern sich, eine Notiz zu bringen: 'Wissen Sie, wir sind Journalisten, wir müssen vorsichtig sein.' Die Westfälische Allgemeine (WAZ) ist zuerst sehr interessiert an der Nachricht, fragt: 'Ist der Mann von der D'K'P? ' Als das verneint wird, als sie 'KPD/ML' hören, heißt es: 'Darüber können wir nichts bringen.'

Donnerstag, 4.10.: Das erste Lebenszeichen von Günther, ein kurzer Brief an einen Freund. Er legt eine Prozeßvollmacht für seinen Rechtsanwalt bei, bittet, ihn im Betrieb zu entschuldigen und schreibt, daß er bis Mittwoch in München sein werde. Ein Anruf der Eltern und der Verlobten ergeben: Günther ist nicht im Münchner Untersuchungsgefängnis Stadelheim.

Dieser Schlag der Bourgeoisie darf nicht kampflos hingenommen werden – vor ihm darf es kein Zurückweichen geben. Die Partei beginnt mit einer breiten Mobilisierungsarbeit gegen diesen Polizeiterror. Grußadressen an Günter werden aus allen Teilen Deutschland abgeschickt. Ein zentrales Flugblatt der KPD/ML und Presseerklärungen werden verteilt, ein Plakat geklebt. Eine Unterschriftenkampagne läuft an, an der sich auch andere Organisationen beteiligen. In München findet eine Kundgebung statt, in Duisburg eine Demonstration. Weitere Demonstrationen und Protestkundgebungen werden geplant. Die Menschen auf der Straße, die Kollegen im Betrieb sind entsetzt, als sie von diesen faschistischen Methoden erfahren. Viele unterschreiben die Listen und spenden spontan Geld für Günters Verteidigung. Die Bourgeoisie ist angesichts dieser breiten Kampagne

Fortsetzung Seite 7

Wehner in Moskau:

Schacher um Berlin

Während des Besuches einer Parlamentsdelegation in Moskau erklärte Herbert Wehner : "Ich bin der Meinung, daß wir in der Berlin-Frage etwas überzogen haben." Erst gab es wegen dieser Worte ein großes Geschrei in den Zeitungen und bei der CDU/CSU, dann eine Bundestagsdebatte, bei der sich Brandt hinter Wehner stellte:

Bedeutet das, daß die westdeutschen Imperialisten einen Rückzieher machen? Heißt das, daß sie auf ihre aggressive Politik gegenüber der DDR verzichten? Wollen sie ihre Erpresserpolitik gegenüber der Tschechoslowakei aufgeben?

Nein! Schon vor der Moskau-Reise Wehners wußte die SPD, daß sie, besonders bei der Absage des Brandt-Besuches in Prag, in der Berlin-Frage allerdings 'überzogen' hatte. Die deutsch-sowjetischen Geschäfte liefen nicht so, wie sie es wünschten. Sowenig, wie die Sozialimperialisten nun plötzlich an die Interessen des deutschen Volkes, der DDR und Berlins denken, ebensowenig denkt Bonn auf die Dauer daran, in der Berlin-Frage zurückzustecken. Sie verfolgen das gleiche Ziel: — nur mit ein wenig anderen Mitteln.

Hinter den Ostverträgen steht von Anfang an das große Geschäft. Die Sozialimperialisten brauchen westdeutsches Kapital. Die Rückkehr zum Kapitalismus in der Sowjetunion hat den Aufbau der Wirtschaft verlangsamt, es gab in den letzten Jahren wieder Wirtschaftskrisen und Inflation. Die Sowjetrevisionisten haben so weit abgewirtschaftet, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Rohstoffquellen in Sibirien aus eigener Kraft zu erschließen. "Wir suchen neue Kooperationen über 30, 40, 50 Jahre hinweg", sagte Breshnew bei seinem Bonn-Besuch zu den westdeutschen Kapitalisten. "Greifen Sie zu, warten Sie nicht!" Sie lassen ausländische Imperialisten in der Sowjetunion investieren, weil sie sich selbst davon Profit versprechen. Sie kollaborieren mit dem Westen, um ihre imperialistische, gegen die Völker gerichtete Expansionspolitik wirtschaftlich und politisch abzusichern, um ungestörter ihre Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China treffen zu können. Dafür sind sie auch bereit, die Souveränität der DDR und die Interessen der osteuropäischen Völker zu verschachern.

Aber die westdeutschen Imperialisten zahlten nicht so schnell, sie wollten noch mehr herausholen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Moskau entwickelten sich nicht so schnell, wie die Kreml-Zaren hofften. Die versprochene westdeutsche Kredithilfe wurde vorerst nicht gezahlt — denn die Kapitalisten in der DBR wollten dafür nicht ins eigene Säckel greifen, sondern diese Riesensummen aus der Staatskasse, aus unseren Steuergeldern zahlen lassen. Das Eisen- und Stahlkombinat, das die Salzgitter AG in Kursk bauen soll, kommt nicht voran.

Diese Verzögerung paßt den Sozialimperialisten nicht. Sie wollen endlich bares Geld sehen für ihren Verrat an den Völkern Europas.
So hat jeder der beiden imperialistischen Mächte seine Trumpfkarte in der Hand: Die Sowjetunion braucht Geld und verkauft die Anerkennung der DDR und Westberlin. Die DBR hat Geld und will kaufen: Westberlin, das auf dem Territorium der DDR liegt und den Verzicht auf völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Für beide sind die Interessen des deutschen Volkes ein Blatt, um das gepokert wird. Ein Bonner Staatssekretär laut 'Spiegel' "Wenn Daimler und VW sich einig werden, den Russen an der Kama eine Riesen-Autofabrik zu bauen, dann sind wir das Problem Berlin auf einen Schlag los." Kaum wurde im Kreml bekannt, da- die Kredithilfe nun doch gezahlt wird - und zwar aus Steuergeldern, wie die westdeutschen Kapitalisten von vornherein wollten - da beginnen wieder die 'Expertengespräche' zwischen den westdeutschen Imperialisten und den sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Revisionisten.

Herbert Wehner hat dabei die Rolle gespielt die ihm die SPD seit 20 Jahren zuweist: Er ist der Vorreiter in der Öffentlichkeit für das, was die SPD im Stillen bereits vorbereitet hat. Damit soll den Sozialimperialisten die Möglichkeit gegeben werden, ihr Mäntelchen als 'sozialistische Macht', die sich für die 'Interessen Deutschlands' einsetzt, aufzupolieren. Die SPD will so dem deutschen Volk vormachen, sie kehre nun, nach einigen Verirrungen, im Interesse des deutschen Volkes auf den 'Boden der Realpolitik' zurück. Kein Wunder, daß die SPD/FDP-Koalition sich fast vorbehaltlos hinter Wehner stellt. Er habe sich, so SPD-Abgeordneter Ahlers, "einen großen Verdienst" erworben.

Wehners 'große Verdienste' haben sich schon immer als Schlag gegen das deutsche Volk herausgestellt. Dieser Todfeind der Arbeiterklasse, der 1944 aus der KPD ausgeschlossen wurde, wegen "Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen, erwiesenem Denunziantentum und parteischädigendem Verhalten" trat als erster SPD-Abgeordneter ein für die Wiederbewaffnung der DBR, er trat auf als Vorkämpfer für das reaktionäre Godesberger Programm der SPD und für die Große Koalition 1967.

Das ist jetzt nicht anders. Die SPD zieht sich, im Auftrag der westdeutschen Imperialisten, scheinbar zurück, um später Westberlin umso sicherer in die DBR einverleiben zu können. Die Zeitungen sind voll davon, daß in einiger Zeit das 'Berlin-Problem' reibungslos gelöst werden kann — wenn die Sozialimperialisten aus unseren Steuergeldern für ihren Verrat bezahlt sind.
Die Bonner Regierung steckt zurück — aus taktischen Gründen. Der Schacher zwischen den Imperialisten auf dem Rücken der europäischen Völker geht weiter. Aber die Völker werden sich das auf die Dauer nicht bieten lassen. Das deutsche Volk wird die Verschacherung seiner Interessen auf die Dauer nicht zulassen. Der Kampf für die Interessen des deutschen Volkes muß geführt werden unter der Losung:

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES

UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Winzer verrät Einheit des deutschen Volkes

Nachdem Brandt und Scheel für die DBR vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesprochen hatten, hielt eine Woche später der Außenminister der DDR, Winzer, seine Rede zur Aufnahme in die UNO. In seiner Rede ging Winzer umfassend auf die Beziehungen zwischen der DDR und der DBR, auf den Grundvertrag, die Stellung Westberlins sowie die Frage der nationalen Einheit des deutschen Volkes ein.

Obwohl sowohl Scheel als auch Brandt in ihren Reden noch einmal hervorhoben, daß es eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR für die westdeutschen Imperialisten nicht gibt, äußerte Winzer noch einmal: "Sie (die Verträge) enthalten eine völkerrechtliche Fixierung der Grenzen und Territorien der Staaten, wie sie sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet haben."
Kein Wort von Winzer dazu, daß die westdeutschen Imperialisten keineswegs bereit sind, die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu akzeptieren, daß sie weder die Grenzen zur Tschechoslowakei noch zur DDR anerkennen und hinnehmen wollen, daß sich hinter den Friedenstiraden Scheels und Brandts aggressive Absichten der westdeutschen Imperialisten verbergen.
Dabei heißt es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zum Grundvertrag unverhohlen:
"Das Grundgesetz ... geht davon aus, daß das deutsche Reich den Zusammenbruch von 1945 überdauert hat... Das deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit... Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich' — in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings 'teilidentisch'." (B,II,1).

Auch in der Westberlin-Frage bekräftigte Winzer noch einmal das Ergebnis des Schachers zwischen Moskau und Bonn: Westberlin liegt für Winzer "inmitten des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik". Das Potsdamer Abkommen, in dessen Ergebnis Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt, ist damit von der DDR-Führung endgültig verworfen worden. Die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens aber sollte damals gerade eine friedliche Entwicklung Deutschlands garantieren. Daß die westdeutschen Imperialisten alles versuchen würden, dieses Abkommen zu umgehen, war von vorneherein klar. Daß aber die DDR-Führung auf Geheiß der SU-Imperialisten auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens verzichtet, zugunsten eines Kuhhandels zwischen Moskau und Bonn — und das auch noch sozialistische Friedenspolitik nennt, das ist eine Schande.

Doch der Verrat der DDR-Führung geht noch weiter. Während im Potsdamer Abkommen festgehalten war, daß die Einheit Deutschlands erhalten bleiben soll (natürlich keine Einheit unter der Herrschaft des westdeutschen Finanzkapitals), hob Winzer vor der UNO noch einmal hervor, "daß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinigung niemals möglich sein wird".

Damit stellen sich die revisionistischen DDR-Führer gegen die Interessen des deutschen Volkes, damit stellen sie sich gegen eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in der nationalen Frage.

In dem Artikel "Die Mauer muß weg!" (RM Nr.36) schrieben wir dazu:
"Dagegen fordern wir Kommunisten, die KPD/ML, die Respektierung und Anerkennung der Grenzen der DDR. Wir fordern ihre völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik. Wir fordern dies, damit dem Bonner Revanchismus und Militarismus ein Riegel vorgeschoben wird. "...Das heißt aber nicht, daß wir auch nur eine Stunde unseren Kampf für ein vereintes und unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufgegeben haben oder aufgeben werden.

Wir Kommunisten kämpfen für ein sozialistisches Deutschland, für den Sieg der proletarischen Revolution, der Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten. Anders ist die nationale Befreiung des deutschen Volkes nicht zu erreichen."

Metalltarifrunde:

Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung bekämpfen berechtigte Forderungen

Bei den Streiks der letzten Monate, bei denen es nicht nur um Teuerungszulagen, sondern auch um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verminderung der Bandgeschwindigkeit und der Akkordhetze ging, haben Kapital und Gewerkschaftsführung Schlappen einstecken müssen: Sie waren gezwungen, Forderungen aus sogenannten "ungesetzlichen Arbeitsniederlegungen" teilweise zu erfüllen, und die Gewerkschaftsführung hatte keine Kontrolle über die Streikbewegung. Die Streiks richteten sich gegen Kapital und Gewerkschaftsführung. Das erschütterte ihr als Tarifautonomie hergestelltes Tarifmonopol und rief die Staatsmacht auf den Plan. Sie befürchteten verschärfte Auseinandersetzungen in der anstehenden Lohntarifrunde.

Im Zuge der Vorbereitung zur Lohntarifrunde trafen sich 60 Vertreter von Kapital, Staat und Gewerkschaft in der "Konzertierten Aktion" und stellten ihre Übereinstimmung bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage fest: Die Hochkonjunktur geht nicht weiter, ein Abschwung ist nicht zu erkennen. Ihr gemeinsames konjunkturpolitisches "Gebot der Stunde": Den **Lohnraub absichern.** Zugleich versäumten sie nicht, Pessimismus zu verbreiten: Die Auftragsbestände wachsen angeblich nicht so schnell, wie im Vorjahr, die Investitionen gehen zurück usw. Die Vertreter des Staates erwarten sogar einen baldigen "Produktionsknick" und die damit verbundene Bedrohung der Arbeitsplätze, damit die "von der Basis bedrängte" Gewerkschaftsführung extrem niedrige Abschlüsse vor der Arbeiterklasse rechtfertigen kann. "Eine deutliche Veränderung des Konjunkturklimas hat auf die Lohnpolitik immer noch Auswirkungen gehabt", sagte Ministerialrat Tietmeyer vom Wirtschaftsministerium. **Sie drohen mit der Arbeitslosigkeit und hoffen, damit den Lohnraub durchsetzen zu können.**

Von solchen Drohungen dürfen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht einschüchtern lassen. Ihre Forderungen liegen auf dem Tisch. Hier einige Beispiele:

IGM-Mitgliederversammlung Straubing — 20%
Aluminium Hannover — 20%
Hercules Nürnberg — 18% bei siebenmonatiger Laufzeit
Blohm & Voss Hamburg — 14% und 30% mehr Urlaubgeld und Verdienstabsicherung für 50-jährige (zusammen ca 20%)
Mannesmann Duisburg — für alle gleichmäßig 23o,- DM und Teuerungszulage 70,- DM monatlich bis Jahresende, vorfristige Tarifkündigung zum 1. Oktober.
1200 Gewerkschafter aus Köln — 20% bei sechsmonatiger Laufzeit.

Die Kollegen scherten sich bei der Aufstellung ihrer Forderungen nicht um die Zwecklügen von Staat und Unternehmen, die Löhne seien 1973 um 14%, die Profite der "armen" Unternehmer aber nur um 11,5% gesteigen. **Inzwischen haben Finanzminister Schmidt, Wirtschaftsminister Friedrichs und Kapitalisten durchblicken lassen, daß sie entschlossen sind, die Lohnforderungen, wie sie aus den Betrieben kommen, unter fast allen Umständen zu verhindern.**



Die IGM-Führung kann das nicht so offen sagen. IGM-Bonze Loderer verkündete: "Erst wenn wir die Stimmung in der Organi-

Fortsetzung auf Seite 3

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Zwangssparen für den Profit der Imperialisten

Schon jetzt, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben, heißt es von Seiten der SPD-Regierung: 10% dürfen bei den Tarifabschlüssen nicht übersteigen, werden. Loderer von der IG-Metall hatte noch vor kurzem von "zweistelligen Größenordnungen" der Forderungen gesprochen. Aber nachdem die "wilden" Streiks vorerst beendet sind, schränkt Loderer schon wieder ein: Mindestens 10% heißt es jetzt bei der IG-Metallführung.

Um für den bevorstehenden Betrug bei den Tarifverhandlungen möglichst "gut Wetter" unter den Arbeitern zu schaffen, hat die Konzertierte Aktion (so heißt offiziell die Zusammenarbeit von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführern) laut über Vorschläge zur "Vermögensbildung für Arbeitnehmer" verhandelt. Zwei Maßnahmen preisen sie an: Zum einen den Ausbau des 624-DM-Gesetzes und zum anderen die "Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen".

Schauen wir uns diese "großzügigen" Maßnahmen mal genauer an. Zum 624-DM-Gesetz steht eine neue Sonderprämie von ungefähr 20% zusätzlich zur normalen Prämienstaffel dieses Gesetzes zur Diskussion. Wem aber nutzt dies tatsächlich? Für die sparenden Arbeiter sieht das so aus: Für sieben Jahre ist das Geld festgelegt. Und wenn man innerhalb der ersten 6 Jahre seinen Arbeitsplatz wechselt, wird die Frist um jeweils ein halbes Jahr verlängert.

Selbst wenn – wie die Kapitalisten prophezeien – die Preissteigerungen bei 7% bleiben sollten, haben wir in 7 Jahren aber fast das doppelte für dieselben Waren zu zahlen wie heute. Zinsen, Prämien und Sonderprämien würden also allenfalls eben die Inflationsrate wieder wettmachen.

Zugleich aber wird dies Geld auf der Bank nicht verschimmeln. Denn die Kapitalisten haben im Gegensatz zur Arbeiterklasse: sehr wohl Zugang zu diesem Geld: In Form von Krediten und durch das Anlegen dieser Kredite in Kapital wird es den Herren von Bank und Industrie hohe Gewinne bringen. **Und darum dreht es sich denn auch: Während für die Arbeiterklasse dieses "Vermögen" nur auf dem Papier und in leeren Versprechungen besteht, verschafft es dem Kapital höhere Profite. Die Ausbeutung hat lediglich eine raffiniertere Form angenommen.**

Nichts anderes ist die "Beteiligung am Produktivvermögen."

Am 4. 10. ließen SPD-Regierung und DGB-Führung im Verlauf der Konzertierten Aktion ihr Programm verlauten: Ab 1976 soll jedes Kapital, das pro Jahr einen höheren Gewinn als 100 000 DM abwirft, eine bis zu 10%-ige Abgabe seines Gewinnes an einen Fond abtreten. Jeder Arbeiter, der nicht mehr als 24 000 DM im Jahr verdient (Verheiratete 48 000) soll für einen Beitrag von 20 DM einen Fondanteil gutgeschrieben kriegen.

Damit hat er nun aber nicht etwa die Rechte eines Aktionärs: In den ersten 7 Jahren darf er seinen Anteil weder verkaufen, noch beleihen. Wie Vetter äußerte: Die Arbeiter könnten womöglich sonst ihre Anteile in Autos oder Möbel umsetzen (obwohl das dazu niemals reichen würde).

Gewerkschaftsführung und SPD-Regierung, die über den Fond herrschen werden, geht es auch gar nicht um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Sie vertreten die Interessen des Kapitals. Ihr Programm gegenüber der Arbeiterklasse – so bekennen sie selbst – heißt: "Kaufkraft abschöpfen", Lohnraub. Ebenso wie das 624-DM-Gesetz bedeutet die "Vermögensbeteiligung" für die Arbeiterklasse "Vermögen" auf dem Papier, für das Kapital aber einen Fond, mit dem es schalten und walten kann, um seine Profite zu steigern, Kapital ins Ausland verlagern kann, um so seinen Herrschaftsbereich auszudehnen.

Daß gerade nach den "wilden" Streiks und vor der anstehenden Tarifrunde die Diskussion über die "Vermögensbildung" von den reformistischen DGB-Führern so laut geführt wird, geschieht nicht zufällig. Mit ihrem Gerede einer "Umverteilung des Vermögens" und "langfristiger Systemveränderung" wollen sie verstärkt die Illusion verbreiten, der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital könne im Kapitalismus beseitigt werden.

Die Sabotage der DGB-Führung während der Streiks um Teuerungszulagen, die Polizeieinsätze der SPD-Regierung gegen die streikenden Arbeiter wollen sie vergessen machen. Die Arbeiterklasse soll von ihrem Kampf abgelenkt und stattdessen an das Kapital gekettet werden.

Doch gerade die letzten Streiks zeigten, daß die Arbeiter nicht bereit sind, geduldig abzuwarten, um sich dann von DGB-Führern und SPD-Regierung verschaukeln zu lassen. Sie waren vielmehr Ausdruck des wachsenden Hasses der Werktätigen auf das kapitalistische System.

Für die Bourgeoisie ist es gerade deshalb um so wichtiger, daß die Arbeiterklasse möglichst an die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD-Regierung gebunden wird.

Die Revisionisten der D'K'P sind ihnen dabei eine gute Stütze. Auch sie treten an für Mitbestimmung und "Vermögensbildung". Doch sie lügen der Arbeiterklasse vor, daß dies Schritte hin zu sogenannten Monopolverdrängung und letzlich zum Sozialismus sei. Und auch das hat im Plan der Bourgeoisie seinen Sinn: Die Arbeiter, die der SPD-Regierung und der DGB-Führung nicht mehr trauen wollen, sollen die Illusion hegen, daß sich mit der D'K'P eines Tages doch noch "arbeiterfreundliche Kräfte" im Kapitalismus durchsetzen können. Die D'K'P tut jedenfalls alles, um diese Illusion zu schüren, damit die Arbeiterklasse vom Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den westdeutschen Imperialismus abgehalten wird.

Aber allen Machenschaften der DGB-Reformisten und Revisionisten der D'K'P von Mitbestimmung und Monopolverdrängung zum trotz: Die Verhältnisse der Arbeiterklasse selbst, zwingen die Arbeiter, nicht davon auszugehen, was sie auf dem Papier, sondern wirklich in den Taschen haben.

Metalltarifrunde...

Fortsetzung von Seite 2

sation ausgelotet haben, fassen wir oben zusammen". Das heißt mit anderen Worten daß die IGM-Führung erst einmal herausfinden will, wie weit sie mit dem Verrat gehen kann, ohne den entschiedenen Widerstand der Kollegen hervorzurufen. Daß das so ist, erkennt man an dem Geschimpfe Karlheinz Bräuers, IGM-Bezirksleiter von Köln. "Das ist eine große Schweinerei, es ist noch nichts abgestimmt und noch nichts beschlossen." Und IGM-Bonze Steinkühler, der die Manteltarifverhandlungen in Nordbaden/Nordwürttemberg führt, drohte gar: "**Wenn wir jetzt für den Manteltarifvertrag streiken, können wir nicht schon im Januar für höhere Löhne streiken.**" So spielt er den Kampf um Lohnerhöhungen, die wir wegen der anhaltenden Teuerung dringend brauchen, gegen den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aus und versucht, die Streiks für beide Forderungen im voraus abzuwiegeln.

Gegen den Versuch von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung, sowohl den Lohnkampf als auch den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen abzuwürgen und möglichst keine, oder nur geringe Verbesserungen zuzulassen, stehen die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse: **20% mehr Lohn, linear gleich für alle, am Durchschnittslohn gerechnete, Verminderung der Bandgeschwindigkeit, wie sie die streikenden Kollegen bei Ford in Köln gefordert haben; die Forderung nach Abschaffung der Akkordarbeit, wie sie schon seit langem in den Betrieben immer klarer zutage tritt.** Diese Forderungen gilt es ohne Abstriche nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen die Gewerkschaftsführung durchzusetzen. **Für die Arbeiterklasse heißt das, im Kampf gegen das Tarifmonopol von Kapital und Gewerkschaftsführung den Kampf um die Erfüllung der Forderungen in die eigene Hand nehmen. Das heißt, den Tariffrieden brechen.**

Korrektur der Redaktion

Im ROTEN MORGEN Nr. 35 vom 8.9.73 schrieben wir im Artikel "Trotz Polizeiterror - Tariffrieden brechen" in Spalte 1 ganz unten: "Diese Verräter und Betrüger haben wir (die Arbeiterklasse, Anm.d.Red.) ein für allemal entlarvt und werden uns nie wieder auf sie verlassen, sondern nur auf unsere eigenen Kräfte".

Diese Behauptung ist falsch. Verräter und Betrüger wie Gewerkschaftsbonzen und Revisionisten sind keineswegs 'ein für allemal' entlarvt. Wir werden immer wieder mit ihnen zu tun haben, sie werden trotz unserer Entlarvung Einfluß besitzen, weil sie geschickte Demagogen sind und mit dem Staatsapparat Hand in Hand arbeiten. Selbst nach der Revolution sind wir vor diesen Verrätern nicht sicher und müssen sie weiter bekämpfen. Wohl haben einige Kollegen auf verschiedenen Ebenen ihren Verrat und Betrug erkannt, aber die große Mehrheit wird ihn erst nach weiteren Erfahrungen im Klassenkampf und durch die weitere, konsequente Entlarvung durch die Partei erkennen.



"Türken können zu Fuss gehen..."

Auf der Zeche Blumenthal in Recklinghausen kam es vor einiger Zeit zu einem Brand unter Tage. Seitdem müssen die türkischen Kollegen zu Fuß an ihren Arbeitsplatz marschieren. Die Betriebszeitung der KPD/ML, 'Der Stempel', schreibt dazu:

Nach dem Brand beim 55. fahren alle Züge im 5. Querschlag hinter 851 ohne Oberleitung. Deshalb wurden für alle Personenzüge Akkus eingesetzt, nur für den Zug um 13.30 Uhr nicht. Das ist 'nur' ein Sonderzug, der die Türken der Gleisbaukolonne von 952 abholt.

So müssen sie und ihre Kumpels, jetzt auch von Revier 24, seit Tagen von 952 nach 851 laufen, und oft auch bis zum Schacht.

Seitdem die Baustelle im Querschlag ist, gibt es dort keinen richtigen Fahrweg mehr und es ist doppelt gefährlich bei dem ständigen Zugverkehr."

VEW Bei Ausländern Kaution

Kurz nach meinem Umzug nach Bochum erhielt ich von den Stadtwerken einen Brief, in dem ich aufgefordert wurde, für die Belieferung mit Strom eine Kaution von 100,– DM zu erlegen. Dem Brief war ein Zettel in fünf Sprachen beigefügt, auf dem behauptet wurde, auch von Deutschen würde "in ähnlich gelagerten Fällen" eine Kaution erhoben. Da ich nicht verstand, wieso und im Vergleich womit mein Fall "ähnlich gelagert" war, ging ich zu den Stadtwerken, um mich zu erkundigen.

Dort fand ich vor dem Schalter einen türkischen Kollegen mit einem Hunderter in der Hand vor. Ich erklärte dem Beamten, daß ich noch in keiner Stadt der Bundesrepublik eine Kaution für Strom erlegt hätte. Er fragte mich darauf, ob ich Deutscher sei. Als ich das bejahte, bat er mich an den nächsten Schalter und erklärte: "**Das ist hinfällig! Wir dachten, sie sind Ausländer. Bei deutschen Privatpersonen erheben wir keine Kaution.**" Er bat mich um Entschuldigung, daß er durch meinen ausländisch klingenden Familiennamen zu falschen Schlüssen gekommen sei. Er kroch mir förmlich in den Hintern.

So ist das also: Unsere ausländischen Kollegen dürfen schuften und Kapital und Staat reich machen. Sie bekommen die schlechtesten, am niedrigsten bezahlten Arbeiten. Sie müssen für Wuchermieten in den übelsten Löchern hausen. Und in Bochum bekommen sie nicht einmal Strom, wenn sie nicht im Voraus einen Hunderter hinblättern.

So sieht die 'Fürsorge' für die 'Gastarbeiter' aus, von der unsere Behörden bei jeder Gelegenheit, in Presse, Funk und Fernsehen, soviel hermachen.

DGB-Kapital verweigert Teuerungszulage

Wegen wachsender Absatzschwierigkeiten wird die Gießerei G.G. Fittings GmbH im Kreis Eschwege zum 1. November ihren Betrieb mit 53o Arbeitnehmern einstellen. Das beschloß gestern die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft, alleiniger Gesellschafter des Unternehmens.

Die Angestellten des DGB in Hessen hatten angesichts der Teuerung und der Tatsache, daß ihre Gehälter ohnehin um 20% hinter den Durchschnittsgehältern herhinken, 13% Gehaltserhöhung und je 150,– DM Teuerungszulage für Juli, August und September, zusammen 450,– DM gefordert. **Über diese Forderung setzte sich die DGB-Führung brutal hinweg. Sie gab keine Teuerungszulagen und nur 11,5% Gehaltserhöhung.**

Die DGB-Führung brauchte dabei gar nicht erst in Aktion zu treten. **Die Forderungen wurden schon im Gesamtbetriebsrat des DGB abgewürgt.**

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

"Englands geheimer Krieg in Irland"

aus "The Worker', zentralorgan der CPB/ML

Es ist eine einfache Tatsache, daß der englische Imperialismus an vielen Fronten gegen das irische Volk Krieg führt. Er führt Krieg mit den Kugeln der englischen Armee und mit den verzuckerten Kugeln der Whitelawschen! Diplomatie Er führt außerdem Krieg an einer dritten und weitaus finstereren Front - an einer Front voll niederträchtiger Gemeinheit,umgeben von strikter Geheimhaltung.



Britische Unterdrücker

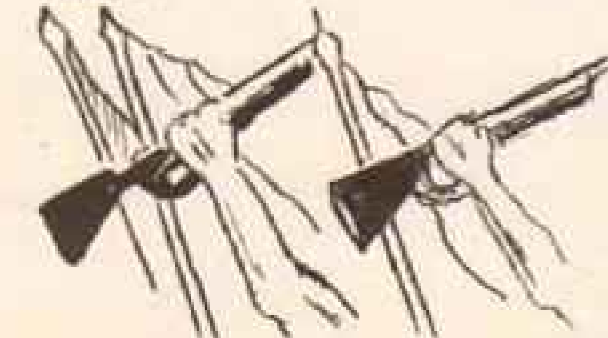
Der Fall der Brüder Littlejohn hat vor kurzem etwas Licht auf diese dritte Front geworfen. Obwohl die englische Regierung bestritt, mit der Rolle der Littlejohn in Irland in irgendeinem Zusammenhang zu stehen, bleibt es eine Tatsache, daß sie bezahlte englische Agenten waren. Eine Untersuchung ihrer Machenschaften wird darum zu einem Verständnis englischer Wühlarbeit in Irland beitragen.

Die Littlejohns waren ausgekochte Kriminelle im Dienst des M 16, des englischen Geheimdienstes der zuständig ist für Überseespionage, Niederschlägen von Aufständen, Wühlarbeit und Sabotage. Er ist besonders dazu ermächtigt seine Arbeit mit illegalen Mitteln zu tun - mit dem Ziel, Informationen über die IRA zu bekommen und alles in Gang zu setzen, um die Republikanische Bewegung in Verruf zu bringen und ihr zu schaden. Zu diesem Zweck,das gaben die Brüder Littlejohn selbst zu, haben sie aus der Vereinigten Irischen Bank in der Grafton-Street in Dublin 67000 Pfund geraubt. Außerdem betätigten sie sich als Provokateure, versuchten Krawalle und Unruhe zu stiften und griffen Polizeistationen in Louth und Castlebellingham nahe der Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland mit Benzinbomben an. Im Zuge dieser Ereignisse begann die Lynch - Regierung im September 72 besonders gegen die IRA gerichtete Gesetze vorzubereiten. Die Littlejohns hatten ihre Aufgabe erfüllt, und als der Druck der Ereignisse es erforderte, ließ die englische Regierung sie fallen.

Noch schwerwiegender war der weiter zurückliegende Fall John Wyman (Name geändert, ein wirklicher Berufsagent, gegen den die Littijohns nur Amateure sind. Wyman wurde am 21.Dezember 1972 kurz vor Mitternacht auf dem Parkplatz des Burlington Hotel in Dublin verhaftet, zusammen mit einem Offizier der irischen Sonderabteilung, Patrick Crinnion. Crinnion bearbeitete alle Akten über die Tätigkeit der Republikanischen Bewegung im Hauptquartier von Garda und gab alle Informationen an Wyman weiter.

Englands Spionagetätigkeit und geheime Machenschaften in Irland haben seit 1969 sprunghaft zugenommen. Die englischen Agenten arbeiten dabei nicht nach den Vorschriften des Grafen Queensbury. Das berechtigt uns zu vielen Fragen über die merkwürdigen und ungeklärten Ereignissen, die sich in den letzten Jahren in der Republik Irland zugetragen haben. Im Dezember letzten Jahres versuchte die damalige irische Regierung unter Taoiseak Jack Lynch ein Gesetz durch das Parlament zu bringen, das wichtige demokratische Rechte des Volkes abschaffen sollte und eine mächtige Gesetzeswaffe gegen die Republikanische Bewegung war. Das Gesetz wurde erst von beiden Oppositionsparteien und von den Unabhängigen im Parlament abgelehnt und es bestand die Gefahr, daß es keine Mehrheit finden würde. Da explodierten Bomben in einigen Autos auf dem Dubliner Sackviller Platz, die zwei Arbeiter töteten. Daraufhin gab die wichtigste Oppositionspartei sofort ihre ablehnende Haltung gegen das Gesetz auf. Die Angriffe auf die verfassungsmäßigen Rechte wurden buchstäblich durchgebombt

Während Englands Wühlarbeit in der Irischen Republik erst jetzt auf so bezeichnete Weise ans Tageslicht kam, sind seine Machenschaften in Nordirland (das es als seine Kolonie oder Provinz betrachtet) schon lange bekannt. Vor einem Jahr wurde der Spionagefall 'Four SquareLaundry' aufgedeckt. Englische Geheimagenten haben ihre Finger in Internierungslagern und sind an den Verhören und Folterungen der Häftlinge beteiligt. Mit aller nur denkbaren Niederträchtigkeiten werden Leute zur Spionagetätigkeit für die englische Armee gezwungen: Bestechung,Bedrohung von Leben und Familien, Schläge usw., Deserteure stellt man vor die Wahl: entweder Kriegsgericht oder Spion werden. Und noch mehr unbeantwortete Fragen gibt es: zu Meuchelmorden, 'grundlosen Ermordungen' usw. Warum häufen sich diese' grundlosen Ermordungen' immer in Ländern, die gerade im Kampf gegen die Unterdrückung des 'englischen Imperialismus stehen ?



Der Kampf an den Schulen wächst

Korrespondenz

"100 Kommunisten lehren an Hamburgs Schulen", posaunte das Hamburger Abendblatt am 20. September. Ein SPD-Abgeordneter gibt bekannt, daß das Studiensemiar, die Ausbildungsstätte der Referendare von Kommunisten unterwandert sei. Das Hauptthema der letzten Debatten in der Hamburger Bürgerschaft ist der wachsende Einfluß von Kommunisten unter den Lehrern und Referendaren, gemeint sind fortschrittliche Zirkel und die KPD/ML.

"Lieber keine Lehrer als solche Lehrer" macht sich der Hmaburger Schuldenator in der Presse stark und läßt sofort die Tat folgen: Er beurlaubt zwei Junglehrer vom Schuldienst und droht ihnen die Entlassung an. Zwei weiteren Referendaren werden die gleichen Maßnahmen angekündigt

Die Führung der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) leitet, ohne die betroffenen Junglehrer zu hören, ein Ausschlußverfahren gegen die beiden ein. – Kein Wunder, denn die Kumpanei zwischen SPD-Senat, Schulbehörde und Gewerkschaftsführung hat in Hamburg Tradition. Es ist kein Geheimtip mehr, daß der schnellste Weg in die höheren Etagen der Schulbehörde über einen Posten im GEW-Landesvorstand führt, haben doch bereits drei Hamburger Schulräte auf diese Weise Karriere gemacht.

Die beiden beurlaubten Kollegen haben als gewählte Vertreter der Referendare eine fortschrittliche Politik gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Behörde verfolgt. Sie haben als Mitglieder der SSG (Sozialistische Studentengruppe, gehört zum KBW) das Protokoll einer geheimen Besprechung zwischen Schulbehörde und den Ausbildern der Referendare veröffentlicht. Auf dieser Besprechung versuchte die Behörde die Seminarleiter auf Vordermann zu bringen, um die steigende Flut von fortschrittlichen und kommunistischen Lehrern einzudämmen. Das Protokoll enthält die Aufforderung, Referendare zu bespitzeln, radikale Äußerungen bei der Behörde zu denunzieren, die Prüfungsarbeiten zu durchschnüffeln, und droht den Kollegen Disziplinarmaßnahmen und Meineidsverfahren an, wenn sie entgegen ihrem Beamteneid das Grundgesetz 'verletzen'.



An diesem Punkt bewähren sich die Revisionisten von der DKP als Ordnungshüter der bürgerlichen Demokratie und dienen der Schulbehörde als verlängerter Arm. Sie haben die Unverschämtheit besessen, ihre 'Solidarität' mit den beurlaubten Referendaren in folgender Form zu bekunden:

"Wir fordern, den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich eindeutig zu den demokratischen Rechten des Grundgesetzes zu bekennen."

Damit unterstützen die Revisionisten die Ansichten der rückschrittlichsten Kollegen, die glauben, sich treu an die Verfassung und das Beamtengesetz halten zu müssen.

Wie aber führt die SSG den Kampf?

Die Genossen haben vor ihrer Beurlaubung geschrieben, daß man sich über die bürgerlichen Gesetze hinwegsetzen muß. Nach ihrer Beurlaubung haben sie sich genauso verhalten, wie es die Behörde verlangt, und wie man es von schwankenden, wortradikalen Kleinbürgern, aber nicht von Kommunisten erwartet. In grenzenlosem Opportunismus und in größter Eilfertigkeit hat sich die gesamte Organisation der SSG unaufgefordert von ihrer eigenen Äußerung distanziert: "Wir rufen nicht zum Gesetzesbruch auf. Das kann die Behörde schwarz auf weiß haben. Von der SSG wie von den suspendierten Junglehrern. ... Wir sind keine wilden Anarchisten, die alles ins Chaos stürzen wollen." Gesetzesbrecher sind also Anarchisten? Damit reiht sich die SSG in den Chor der Bourgeoisie gegen die Kommunisten ein, die sich über die Gesetze der Bourgeoisie hinwegsetzen. Und das will eine kommunistische Organisation sein! Mit dieser Distanzierung ist die SSG der fortschrittlichen Bewegung unter den Lehrern in den Rücken gefallen. Die Zirkelhäuptlinge der SSG haben sich damit den Beifall der Reformisten und Revisionisten erkauft und nehmen dies als Beweis ihrer "erfolgreichen" Politik. Die SSG hat trotz ihrer hemmungslosen Anbiederung an die Schulbehörde aber noch die Stirn, ihren "Schulkampf" in großem Stil zu führen mit Parolen wie: "Man muß in den Schulen die Wahrheit sagen können." "Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung" "Für eine Schule im Dienste des Volkes".

Wenn man die fortschrittlichen Kollegen im Kampf gegen die politische Unterdrückung vereinen will, dann darf man ihnen vor allem keinen Sand in die Augen streuen und sie belügen. Solche Forderungen aber erwecken unter den Kollegen Illusionen, wenn man nicht ehrlich sagt – vor der Verwirklichung dieser Ziele steht die Zerschlagung des bürgerlichen Staates.

Trotz aller Differenzen muß aber unsere Antwort auf die Angriffe von Staat und Behörde die Solidarität aller fortschrittlichen und kommunistischen Kollegen sein.

FÜR DIE WIEDEREINSTELLUNG DER ENTLASSENEN KOLLEGEN!
NIEDER MIT DEM BERUFSVERBOT!
KAMPF DEM REAKTIONÄREN BEAMTENGESETZ!
KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENSCHULE!

Revisionistisches

Wer hilft?

Im Urlaub in Albanien besichtigte eine Reisegruppe der KPD/ML das Traktorenersatzteilwerk von Tirana.

Es wird gerade mit internationalistischer Hilfe der VR China weiter ausgebaut. Wir sahen viele chinesische Techniker. Ein albanischer Genosse erzählte: "Früher gab es sowjetische "Hilfe" und Techniker. Sie verdienten 15 000 Lek im Monat, die albanischen Techniker verdienten 700 Lek! Wie im Roten Morgen Nr. 29 beschrieben, schleppten sie zentnerweise Teppiche usw. aus dem Land und gebärdeten sich wie Besatzer.

Heute verdienen die chinesischen Techniker niemals mehr als ihre albanischen Genossen, oft nehmen sie sogar noch weniger Geld. Überall sieht man Parolen über die albanisch-chinesische Freundschaft.

Keine Beweise?

Unter dem Titel "Moskau: Keine Beweise für Beteiligung der USA" berichtet die Süddeutsche Zeitung über eine sowjetische Fernsehsendung, in der Prawda-Kolumnist Jurij Schukow Zuschauerbriefe zur Beteiligung der USA am Putsch in Chile beantwortete.

In dem Artikel der SZ heißt es: "Schukow zitierte schließlich den argentinischen Präsidenten Peron mit den Worten, aus den Korridoren des US-Außenministeriums werde man bei der Nachricht über den Sturz von Präsident Allende wohl getanzt haben. Wörtlich fügte er jedoch hinzu: "Daraus kann keine Schlußfolgerung gezogen werden. Wir können nicht definitiv sagen, daß die Vereinigten Staaten eine Rolle spielten. Wir haben keinen konkreten Beweis dafür." Die Äußerung Schukows ist eine Bekräftigung der bisherigen sowjetischen Linie des Vermeidens direkter Beschuldigungen gegen die USA in dieser Frage, Dieser Linie wurden sogar Äußerungen ausländischer Kommunisten geopfert. Als der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro kürzlich in Dehli erklärte, hinter dem Sturz Allendes stehe der "nordamerikanische Imperialismus", wurde dies in der sowjetischen Presse mit "internationalem Imperialismus" übersetzt. Ebenso wurde aus dem in der Prawda erschienenen Gedicht des verstorbenen chilenischen Dichters Pablo Neruda ein Passus ausgemerzt, in dem Präsident Nixon als 'eine Hyäne' bezeichnet wurde." (SZ vom 2.10.72).

Reaktion gegen Darwin

K o r r e s p o n d e n z. In H. bekam ein Religionslehrer mit der Behörde derart Schwierigkeiten, daß er den Arbeitsplatz wechseln mußte. Sein Vergehen: Er besprach im Religionsunterricht den 'Schöpfungsbericht' der Bibel und machte die Kinder in diesem Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Abstammungslehre Darwins bekannt.

Das Fach Religion zu unterrichten hatte der Lehrer nur unter der Bedingung angenommen, daß er das sagen könne, was er als Wissenschaftler sagen müsse. Daß diesem Lehrer – er ist kein Kommunist, sondern eher 'bürgerlicher Humanist' – Schwierigkeiten gemacht wurden, einfach weil er allgemein bekannte wissenschaftliche Tatsachen lehrte statt Religionsduselei, zeigt: Die Religion ist auch heute noch Bestandteil der reaktionären Ideologie der Bourgeoisie, mit der die Massen niedergehalten werden sollen. Und daran läßt die Bourgeoisie nicht rütteln.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Albanien fordert Wiedergutmachung

In der Generaldebatte der Vereinten Nationen in New York hat der Außenminister der Volksrepublik Albanien die Schäden, die dem Land durch den imperialistischen Raubkrieg der italienischen und deutschen Faschisten entstanden, auf zwei Milliarden Dollar beziffert. Außenminister Nase kündigte an, daß die Regierung der Volksrepublik Albanien in nächster Zeit Wiedergutmachung für die erlittenen Schäden fordern werde.

Zwei Staaten vor allem sind für diese Schäden verantwortlich: die Republik Italien als Rechtsnachfolgerin des faschistischen Königreiches Italien und die Deutsche Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches.

Das faschistische Italien hatte das damalige, vom korrupten Zogu-Regime regierte Königreich Albanien im April 1939 überfallen und besetzt. Zur Sicherung der Ausplünderung der reichen Bodenschätze errichtete sie ein blutiges Terrorregime. Unzählige Albaner wurden in KZ's eingekerkert oder ermordet, die Felder verwüstet und ganze Dörfer niedergebrannt. Auf albanischem Boden spielte sich zum Teil der imperialistische Raubkrieg Italiens gegen Griechenland ab. **Das stolze albanische Volk nahm das nicht hin. Schon bald nach dem Einmarsch nahm es den bewaffneten Kampf gegen die italienischen Faschisten auf. Im Feuer dieses Kampfes entstand und stählte sich die ruhmreiche Kommunistische Partei Albaniens (heute Partei der Arbeit Albaniens).**

1944 besetzten die Truppen des imperialistischen Nazideutschland Albanien und hausten in ihrer kurzen Besatzungszeit noch schlimmer als die italienischen Faschisten vor ihnen, bis sie im November 1944 ohne fremde Hilfe von den Partisanen der Nationalen Befreiungsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei Albaniens mit Enver Hoxha an der Spitze aus dem Land gejagt wurden.

Aber nicht nur die direkten Verwüstungen durch den Krieg, sondern auch die zügellose Ausplünderung der Bodenschätze und der Landwirtschaft für die imperialistischen Kriegsziele der Besatzer fügten dem Land Milliardenschäden zu.

Die Volksrepublik Albanien verfolgt seit ihrem Bestehen eine unabhängige Politik und verläßt sich beim Aufbau des Sozialismus auf ihre eigenen Kräfte. Deshalb hat sie auch nie versucht, die Wiedergutmachung für die erlittenen Schäden mit den einstigen Besatzungsmächten direkt, im Austausch gegen politische Zugeständnisse an die früheren Unterdrücker auszuhandeln, wie dies z.B. Jugoslawien, Polen und andere Länder getan haben, **sondern stellte die Frage vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, vor allen Völkern der Welt. Die Volksrepublik Albanien bettelt nicht um Almosen, sondern fordert vor aller Welt ihr Recht.**

Grusstelegramm zum 24.Gründungstag der Volksrepublik China

Zum 24. Gründungstag der VR China sandte unsere Partei ein Grußtelegramm an das ZK der KPCh mit folgendem Wortlaut:

Grußtelegramm an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas anläßlich des 24. Gründungstages der Volksrepublik China.

Zur Feier des 24. Gründungstages der Volksrepublik China übersende ich Ihnen in meinem und im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten die herzlichsten Glückwünsche.

Ernst Aust
1. Vorsitzender
des ZK der KPD/ML

Bürgerliche und revisionistische Berichterstattung über Chile

Der Volkskrieg gegen die faschistische Militärjunta in Chile hält an. Immer wieder werden in letzter Zeit Angriffe der Befreiungskräfte auf Kasernen, Polizeistationen und Militärpatrouillen im ganzen Land gemeldet. Aus den 600 Partisanen im Gebirge bei Punguipuli in der Provinz Valdivia sind inzwischen 3.000 geworden, denen nicht mehr ein Regiment – 4.000 Mann – gegenübersteht, sondern eine ganze Junta-Division von 20.000 Mann. Der von der Junta anfangs polizeimäßig durchgeführte Einsatz gegen die Partisanen hat sich zu einer regulären miliärischen Operation ausgeweitet. Das bewirkte, daß die Junta andere Landesteile von Truppen entblößen mußte, um Verstärkungen nach Valdivia zu schaffen. Diese Truppenverdünnung in einigen Landesteilen wirkte sich positiv auf die Entfaltung des Volkskriegs in Chile aus.

Von diesem bewaffneten Kampf des chilenischen Volkes gegen die Junta, die Reaktion und den hinter ihnen stehenden US-Imperialismus berichtet die revisionistische und die bürgerliche Presse auf ihre besondere Weise.

Die revisionsistiche Presse, z.B. Neues Deutschland oder die UZ, erwähnt den Volkskrieg überhaupt nicht, sondern ergeht sich in wortreichen Klagen über die Grausamkeiten der Junta. Dadurch stellt sie die Junta als etwas Schicksalhaftes hin, gegen das man nur protestieren oder Solidaritätsversammlungen abhalten kann. **Diese Berichterstattung entspricht der revisionistischen Theorie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus, die revolutionäre bewaffnete Aktionen gegen den Klassenfeind ausschließt. Doch gerade Chile beweist, daß es den friedlichen Übergang zum Sozialismus nicht gibt und daß nur der bewaffnete Kampf des Volkes den Klassenfeind, die Junta, die Reaktion und den US-Imperialismus besiegen kann.** Die revisionistische Berichterstattung zielt darauf ab, Niedergeschlagenheit und Angst vor dem scheinbar übermächtigen Feind zu erwecken und dient damit dem Komplott der Supermächte USA und Sowjetunion zur Unterdrückung der Befreiungskämpfe in aller Welt.

Die bürgerliche Presse erwähnt den Volkskrieg zwar beiläufig und abwertend, wie z.B. die Frankfurter Rundschau: "...versuchen ein paar hundert Guerilleros mit geringen Erfolgsaussichten, der Umklammerung von 20.000 Mann zu entrinnen", beschreibt aber vorwiegend die andere Seite des Kampfes, wie z.B. die Gefangennahme oder Hinrichtung von Freiheitskämpfern. Auch sie stellt die Junta als übermächtig hin. **Die anhaltenden Befreiungskämpfe erscheinen in dieser Berichterstattung als vergebliche Rückzugsgefechte einiger weniger. Das ist ein Ausdruck ihrer Sympathie für die blutrünstige Junta.**

So, wie jetzt der Freiheitskampf in Chile, begann die Revolution in China und der Volksbefreiungskampf in Vietnam, Kambodscha, Guinea-Bissau, Angola, Mozambique und vielen anderen Ländern. So, wie jetzt über den Volkskrieg in Chile, berichtete die revisionistische und die bürgerliche Presse auch über diese Befreiungskämpfe.

Diese Berichterstattung wurde noch immer von den kämpfenden Völkern widerlegt und landete auf dem Müllhaufen, auf dem auch Imperialismus und Sozialimperialismus, Reaktion und Revisionismus unweigerlich landen werden.

Ziel der israelischen Aggression

Fortsetzung von Seite 1

Zu Land, Luft und Wasser hat Israel jetzt erneut den Krieg gegen die arabischen Völker eröffnet. Ziel dieser Aggression ist zum einen, die Besetzung arabischen Territoriums zu verewigen, zum anderen den israelischen Herrschaftsbereich weiterhin zu erweitern.

Mit ihren neuen Überfall wollen sie aber zugleich auch die arabischen Völker erschrecken, damit diese den fortschrittlichen palästinensischen Kräften keine weitere Unterstützung leisten. Diese Bedrohung der arabischen Völker soll die Front des Kampfes gegen Israel aufweichen und spalten. **Denn im Verlauf des Kampfes gegen die israelischen Aggressoren in den letzten Jahren haben sich die arabischen Völker enger zusammengeschlossen und so ihre Kampfkraft erhöht.**

Rolle der Supermächte im Nahen Osten

Welche Rolle spielen die Supermächte im Nahen Osten? Seit langer Zeit arbeiten die US-Imperialisten und die israelischen Aggressoren offen zusammen. Milliarden Dollar wurden von den USA in das 'Projekt Israel' gesteckt, um gemeinsam mit Israel gegen die arabischen Völker vorzugehen. Erst bei ihrer letzten Reise nach Washington erhielt Golda Meir einen 300 Millionenkredit zum Kauf von Phantomjägern, taktischen Bombern und Kampfhubschraubern. Bis an die Zähne wurde Israel mit Waffen gegen die arabischen Länder eingedeckt. Angesichts der Rohstoffkrise in den USA haben die amerikanischen Imperialisten mehr denn je ein Interesse an der Ausdehnung des israelischen Machtbereiches im Nahen Osten.

Die sowjetischen Sozialimperialisten in Moskau hingegen haben ihre Untergrundtätigkeit gegen die arabischen Völker mit der Maske des 'arabischen Freundes' zu tarnen versucht. In ihrer Presse und auf diplomatischer Ebene schreien sie aus vollem Halse nach den Rechten des arabischen Volkes. Ihre Taten aber zeigen die Bemühungen, den palästinensischen Befreiungskampf am Boden zu halten.

Der Grund ist folgender: Auch die sowjetischen Sozialimperialisten haben großes Interesse am arabischen Öl und an militärischstrategischen Stützpunkten im Nahen Osten. Daß Israel die arabischen Völker bedroht, nutzen die Moskauer Imperialisten zum Vorwand für ihre Anwesenheit im Nahen Osten: Nur zum Schutz – so sagen sie und schielen nach arabischem Öl und Militärstützpunkten.

So haben sie gemeinsam mit den US-Imperialisten ein Interesse daran, daß das palästinensische Volk sich nicht befreit. Sie tuen vieles, daß die Situation im Nahen Osten aufrechterhalten bleibt.

Statt den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen, versuchen sie ihm eine 'politische Lösung' aufzudrängen. Sie unterstützen den amerikanischen 'Rogers-Plan', der vorsieht, die israelische Bedrohung gegen die arabischen Völker durch die unrechtmäßige Besetzung Palästinas zu verewigen. Darüber hinaus unterstützen sie die israelischen Aggressoren auch materiell. Wöchentlich wandern hunderte sowjetischer Juden mit Billigung der Sowjetregierung nach Israel aus. Sie sollen die von Israel besetzen Gebiete bevölkern. Zugleich sind diese Auswanderer als Arbeiter, Soldaten und Spezialisten für Israel nicht weniger wert als Waffen.

Die arabischen Völker werden die israelische Aggression zurück schlagen und den Sieg davontragen

Den arabischen Völkern ist diese Heuchelei und Sabotage der Sowjetimperialisten nicht verborgen geblieben. Offen enthüllen heute die arabischen Zeitungen die Machenschaften der Sowjetunion im Nahen Osten. Verschiedene Länder haben sich von ihren schlechten Beratern getrennt und die sowjetischen 'Militärberater', die jede Kampfhandlung abzuwürgen suchten, rausgeworfen.

Aber auch die westdeutschen Imperialisten haben ihre schmutzigen Finger im Spiel. Unter dem moralischen Aushängeschild der 'Wiedergutmachung' an den Greueltaten der deutschen Imperialisten an den Juden wurden Milliarden nach Israel gesandt. Offen stellen sich die westdeutschen Imperialisten gegen die arabischen Völker und ihren gerechten Kampf: In Westdeutschland wurden die Organisationen der Palästinenser GUPS und GUPA verboten. Palästinensische Arbeiter und Studenten, die in Westdeutschland offen gegen die israelische Aggression auftreten, werden ausgewiesen. Auch die westdeutschen Imperialisten hoffen über Israel ihren Einfluß im Nahen Osten geltend machen zu können.

Nur auf dieser Grundlage – der Unterstützung durch die beiden Supermächte sowie anderer imperialistischer Staaten kann Israel gefährliche Abenteuer unternehmen wie 1967 und wie heute.

Auch bei diesem neuerlichen Verbrechen stehen die Supermächte hinter dem Aggressor. Die Sowjetunion zog wenige Tage vor dem israelischen Überfall ihre letzten Militärberater ab – sie haben genau gewußt, was geschehen würde. Die USA haben offen zur Unterstützung des israelischen Angriffs ihre 6. Flotte aus Athen auslaufen lassen und in Richtung Naher Osten in Bewegung gesetzt.

Trotz dieses gewaltigen Aufgebots lassen sich die arabischen Völker nicht einschüchtern. Ägypten und Syrien haben den israelischen Überfall mit einer Gegenoffensive beantwortet. Andere arabische Länder haben ihre Unterstützung zugesagt und Maßnahmen getroffen. Der Irak hat die arabischen Länder aufgerufen, all die Staaten, die Israels Aggression unterstützen, mit einem Ölboykott zu belegen. Der Irak hat selbst den Anfang gemacht und zwei Ölgesellschaften, an denen US-Kapital stark beteiligt ist, die Standard Oil Company (Esso) und die Mobil-Company, nationalisiert. Von libanesischem und jordanischem Gebiet aus kämpfen palästinensische Kommandos. Präsident Bourgiba von Tunesien hat militärische Unterstützung zugesagt.

In ihrem Kampf geht es darum, der Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel ein Ende zu bereiten, sich von der ständigen Bedrohung durch den Aggressor Israel ein für alle mal frei zu machen. Das kann nur im Kampf, in der bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Feind geschehen. Freiwillig wird kein Mosche Dajan und keine Golda Meir das Feld räumen – dafür würden allein die Supermächte schon sorgen. Diesen Kampf gilt es für alle Völker der Welt zu unterstützen. Denn dieser Kampf von Seiten der arabischen Völker ist wie der Kampf der indochinesischen Völker gegen den US-Imperialismus ein gerechter Kampf, ein Krieg für eine gerechte Sache. Die Aggression Israels hingegen im Bündnis mit den beiden Supermächten muß schärfstens verurteilt werden. Diese Aggression, dieser ungerechte Krieg der israelischen Zionisten, ist zutiefst ungerecht und richtet sich gegen die arabischen Völker, insbesondere gegen das palästinensische Volk.

Das palästinensische Volk wird im Kampf seinen legitimen nationalen Rechten wieder Geltung verschaffen und den Sieg über die israelischen Aggressoren davontragen. Unterstützen wir es gemeinsam mit allen fortschrittlichen und freiheitsliebenden Völkern der Welt!

Hamburg ist unbesiegbar!

...Diese Welt muß unser sein... So heißt es in der "Internationale", dem revolutionären Kampflied der Arbeiter, Bauern und anderer Werktätiger in der ganzen Welt. Dieses Lied entstand bereits vor hundert Jahren, aber immer noch werden Millionen Menschen ausgebeutet und unterdrückt. Immer noch ist die große Masse der Werktätigen in den meisten Ländern der Welt ohne Freiheit und ohne Rechte. Diese Welt ist noch nicht unser, sie gehört noch nicht denen, die sie bebauen, die Kohle zu Tage fördern und in den großen Fabriken arbeiten.

Dennoch hat sich seit jenen Tagen, als dieses Kampflied geschrieben wurde, vieles geändert. Denn überall in der Welt sind die Armen und Entrechteten angetreten zum Sturm auf die kapitalistischen und imperialistischen Blutsauger. China und Albanien sind frei. In diesen Ländern halten die Arbeiter und Bauern die Macht fest in den Händen und bauen, gemeinsam mit allen übrigen Schichten des werktätigen Volkes den Sozialismus auf.

Diese Welt muß unser sein, und sie wird es auch sein. Aber wie schaffen wir das, was müssen wir tun, damit auch unser Land rot wird, damit nicht mehr die Krupp und Abs regieren, sondern das Volk?

"Getrieben vom Elend der Inflationszeit..."

1923. Inflation, Arbeitslosigkeit und Elend in Deutschland. Die herrschende Kapitalistenklasse, die Thyssen und Stinnes, rauben und plündern das Volk aus und schrecken nicht vor Mord zurück, wenn sich die Massen ihnen entgegenstellen. Die Menschen hungern, das Geld ist völlig wertlos, die Preise steigen ins Millionenfache. Viele kleinere Fabriken und Handwerksbetriebe machen bankrott, müssen schließen und die Arbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz, ohne einen neuen zu bekommen. Gleichzeitig gewinnen die großen Konzern- und Monopolherren immer mehr Macht hinzu und die Bourgeoisie lebt in Luxus und Ausschweifung.

Aber das ist wie ein Tanz auf einem brodelnden Vulkan. Denn bei dem werktätigen Volk wächst der Widerstand. Soll es zulassen, daß seine Kinder verhungern, noch ehe sie richtig gelebt haben? Soll es zulassen, daß Väter in den Freitod gehen, weil sie ihre Familie nicht mehr ernähren können? Die Krupp, Thyssen, Stinnes. Nichts hatte sich wesentlich geändert. Nur die Form, der Inhalt war der gleiche. Und die Rechte, die sich die Arbeiter wirklich erkämpft hatten, wurden nun durch den Federstrich eines sozialdemokratischen Reichspräsidenten außer Kraft gesetzt.

Da erkannten auch viele die Rolle der SPD. Sie redete von Sozialismus und Marxismus und viele Arbeiter vertrauten ihr. Aber in Wahrheit waren ihre Führer und hohen Funktionäre üble Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse, die alles taten, um die Arbeiter in die Irre zu führen und vom Kampf gegen das ganze kapitalistische System abzuhalten. Von den Kapitalisten bestochen und korrupt bis auf die Knochen denunzieren und lügen sie und tun alles, was ihre Herren von ihnen verlangen. Heute spielt die SPD diese Rolle nicht mehr. Weder beruft sie sich auf den Marxismus, noch propagiert sie den Sozialismus. Offen vertritt sie die Interessen des Imperialismus und preist ihn als beste aller Welten.



Arbeiter werden am Maschinengewehr ausgebildet

Jetzt werden Lebensmittelläden und Getreidespeicher aufgebrochen und die Nahrung unter die Hungernden verteilt. Riesige Demonstrationen gegen Inflation und Hunger finden in allen Teilen des Landes statt und Hunderttausende Arbeiter streiken, weil die Löhne durch die Inflation ständig sinken.

Und hierbei machen viele eine ganz entscheidende Erfahrung. Warum schießt und knüppelt die Polizei Menschen nieder, wenn diese gegen die Not kämpfen? Warum verurteilt der Richter Hausfrauen, die für ihre Kinder Mehl und Getreide geholt haben, zu Gefängnis? Warum erläßt der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert Notstandsverordnungen, die dem werktätigen Volk alle Rechte rauben und die Macht den Generälen der Reichswehr übertragen? Den gleichen Verbrechern, die 1918 die deutsche Revolution zusammenschossen und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordeten. Die schon 1920 durch den Kapp-Putsch die Macht erhalten wollten. Und die 1923 das gleiche nochmal versuchten, mit dem alten Kriegsverbrecher Ludendorff und dem späteren Kriegsverbrecher Hitler an der Spitze. Alle diese Versuche konnten bislang von den werktätigen Massen niedergerungen werden. Und nun erhalten die volksfeindlichen Generäle diese Macht aus der Hand eines SPD-Führers. Warum das alles?

Immer mehr Menschen erkannten die Ursache. Sie sahen, daß dieser Staat diese sogenannte deutsche Republik nicht das sein konnte, wofür sie im November 1918 gekämpft hatten und den Kaiser zum Teufel gejagt hatten. Sie sahen, daß die gleichen Leute an der Macht waren, wie im Kaiserreich.

Ihre damalige Rolle haben die D'K'P - Führer übernommen.

Die Arbeiter, die Bauern, die Hausfrauen und viele Angestellte und sogar Beamte marschierten nach links, gegen dieses verfaulende kapitalistische System, gegen dieses menschenunwürdige Dasein. Ihnen voran marschierte die KPD, festentschlossen, ihre Aufgabe als Führerin der Arbeiterklasse so zu erfüllen, wie es die Bolschewiki 1917 in Rußland getan hatten. Ihr Ziel war es, alle die kleinen und großen Einzelkämpfe zu einem einigen machtvollen Endkampf gegen das Kapital zusammenzufassen, den bewaffneten Kampf vorzubereiten, um zum richtigen Zeitpunkt den Kapitalismus zu stürzen.
Durch Deutschland dröhnte der Ruf der Massen:

WIR SCHLAGEN CUNO AN DER SPREE
UND AN DER RUHR POINCARE!

Cuno war der deutsche Reichskanzler, der Vertreter der herrschenden Klasse. Poincare war der französische Ministerpräsident, der Vertreter einer imperialistischen Besatzermacht. Denn die französischen Monopolkapitalisten besetzten das Ruhrgebiet, um den Reichtum dieses Landesteiles auszubeuten. Beide erhielten schwere Schläge. Cuno mußte zurücktreten und die französischen Imperialisten mußten sich zurückziehen. Und dennoch war die entscheidende Schlacht, das letzte Gefecht noch nicht geschlagen.

Dieser Zeitpunkt war nahe. Im Oktober 1923, vor 50 Jahren, war es dann soweit.

50 Jahre Hamburger Aufstand



"Getragen vom Geiste des Bolschewismus..."

23. Oktober 1923. Hamburg, die große Hafenstadt im Norden Deutschlands erwacht. Es ist fünf Uhr in der Frühe. Plötzlich, wie auf ein Kommando stürmen kleine Trupps von Arbeitern in die Polizeiwachstuben, überrumpeln die Polizisten und holen sich die Gewehre. Auf den Straßen werden alte Bäume gefällt und Steine zusammengetragen. Die ersten Barrikaden stehen. Vor den großen Betrieben und Werften agitieren Kommunisten und fordern die Kollegen auf, die Arbeit niederzulegen und mitzukämpfen. Die Betriebe stehen still. Was ist los? Sind da linksradikale Abenteurer am Werk? Ist das ein Putsch? Versetzen sie die Bevölkerung in Angst und Schrecken?

Oh nein, wer das behauptet, hat entweder keine Ahnung oder er ist ein ganz erbärmlicher Lügner und Schwindler.

Hier waren entschlossene revolutionäre Arbeiter am Werk, hier sprach die Kommunistische Partei, hier gab 'uns Teddy', Ernst Thälmann den Aktionen Ziel und Richtung. Und die Mehrzahl der Arbeiter, Hausfrauen, der ruinierten kleinen Ladenbesitzer, die Rentner und die hungernden Kinder und Jugendlichen, sie alle waren nicht ängstlich. Nein, denn sie hatten doch nichts zu verlieren, die Bourgeoisie hatte sie ja völlig ausgeraubt, sie hatten alles zu gewinnen. Eine neue Welt. In der alten, kapitalistischen wollten sie nicht mehr leben und sie hatten erkannt, daß die herrschende Klasse nicht mehr so weiterleben konnte. Man mußte ihr den letzten Stoß versetzen. Überall in den Arbeitervierteln Hamburgs sagten die Menschen: "Gehts jetzt endlich los, wo können wir mitmachen? "

Und sie ordneten sich bewußt und freiwillig den Anweisungen und Aktionen der KPD unter. Die KPD hatte den Kampf in Hamburg ausgezeichnet vorbereitet. Dieser Kampf sollte ja das Signal für den Aufstand in ganz Deutschland geben. So konnte die KPD mit wenig Kräften große Wirkung erzielen und den Polizei- und Reichswehrtruppen vernichtende Schläge erteilen. Die Kommunisten standen immer an vorderster Front. sie kämpften heldenmutig und sie setzten für die Sache der Arbeiterklasse ihr Leben aufs Spiel.

Große Teile der werktätigen Massen wollen das kapitalistische System beseitigen, drängen zum Sozialismus, es bestehen ernste Aussichten auf einen Erfolg des Kampfes. Soll man da noch zögern? Die Antwort gaben die Hamburger Arbeiter selber. Sie griffen zu den Waffen und wenn sie keine hatten, dann holten sie sich welche beim Klassengegner. Keine Polizeistation in den Arbeitervierteln, aus der die Arbeiter keine Waffen geholt haben. Natürlich waren die Polizeitruppen und hergeholten Reichswehrtruppen viel besser ausgerüstet als die Arbeiter, dennoch waren sie dreimal vierundzwanzig Stunden lang machtlos. Die Hamburger Arbeiterviertel waren eine einzige große Festung in der die Militärmaschinerie der Kapitalistenklasse fürchterliche Prügel erhielt. Die Revolutionäre waren in der Offensive, obwohl sie an Zahl und Waffenausrüstung unterlegen waren.

Aber Hamburg blieb allein, nur dort wurde gekämpft, Hamburg konnte allein nicht siegen. Die deutsche Revolution scheiterte. Die Hamburger Revolutionäre zogen sich zurück, kein Mann, kein Schuß Munition fiel dem Klassenfeind in die Hände.

Die Lehren des Hamburger Aufstandes

Ist damit dieses revolutionäre Kapitel der deutschen Geschichte beendet? Ist es also richtig, was die Arbeiterverräter, die Revisionisten, die D'K'P-Führer heute behaupten, man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen? Müssen wir aus dem Scheitern der deutschen Revolution von 1923 den Schluß ziehen, daß man mit Waffengewalt nichts erreichen kann, daß die Bourgeoisie zu mächtig ist, daß man sich mit ihr arrangieren muß?

Nein! Tausenmal Nein! Im Gegenteil. Man hätte in ganz Deutschland und noch besser, noch stärker mit der Waffe in der Hand kämpfen sollen. Dann wäre der Sieg der deutschen Arbeiterklasse über die Ausbeuterherren gewiß gewesen. Das ist die erste Lehre, die wir aus der Geschichte des Hamburger Aufstandes ziehen müssen.

Aber warum wurde nicht in ganz Deutschland gekämpft, obwohl das ZK der KPD den Kampf beschlossen und geplant hatte?

Weil Verräter und Opportunisten den kampfbereiten Massen in den Rücken gefallen sind und den Kampf sabotiert und verhindert haben. Und das Schlimmste war, die Verräter saßen in der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands, es waren die Revisionisten Brandler, Thalheimer und ihre Clique. Sie waren die direkten Vorgänger, der heutigen Arbeiterverräter, der D'K'P-Führer Bachmann, Reimann und Co. Mit ihnen kann es keine Gemeinsamkeit geben. Deshalb wurde 1968 die KPD/ML gegründet. Und zwar von Genossen, die in der KPD den Verrat nicht mitgemacht hatten, nicht im Sumpf des Revisionismus versunken waren. So wurde das revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus, das die Revisionisten in den Schmutz gezerrt haben, von diesen Genossen wieder entfaltet. Das Bestehen einer revolutionären Partei und ihr entschiedener Kampf gegen Revisionismus und Reformismus entscheiden über Sieg oder Niederlage.

Das ist die zweite wichtige Lehre, die wir aus der Geschichte des Hamburger Aufstandes ziehen müssen.

Die dritte große Lehre aus dem Hamburger Aufstand zeigt uns eindeutig und unverrückbar die revolutionäre Aufgabe der Kommunistischen Partei. Fest zusammengeschweißt, treu und bedingungslos der Sache der Arbeiterklasse ergeben, standen sie in Hamburg auf revolutionärem Vorposten und gaben uns ein Beispiel, von dem wir uns in unserer gesamten Tätigkeit lenken und leiten lassen müssen. Unter der Führung Ernst Thälmanns, dem großen Führer der deutschen Arbeiterklasse schmiedeten sie die revolutionäre Einheit der Hamburger Arbeiterschaft. Diese revolutionäre Tradition, die von den Verrätern Chruschtschow, Breschnew, Ulbricht und Bachmann verraten wurde, wird heute in Westdeutschland und Westberlin nur von der KPD/ML fortgesetzt. Sie setzt das Vermächtnis der Hamburger Oktoberkämpfer fort, sie zeigt uns heute wieder den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung.

Das sind die Lehren, die wir aus der Geschichte des Hamburger Aufstandes ziehen müssen. Auch wenn wir heute noch keine revolutionäre Situation in Westdeutschland und Westberlin vorfinden, dürfen wir niemals das revolutionäre Ziel aus den Augen verlieren, müssen wir uns eng mit den kämpfenden Massen verbinden und uns und die Massen immer, in jeder Phase, auf die Notwendigkeit und Durchführung der gewaffneten Revolution vorbereiten. Überall in der Welt kämpfen die unterdrückten Klassen und Schichten gegen ihre Unterdrücker. Auch unser Land hat sich in die Kampffront eingereiht, auch in unserem Land ist die Haupttendenz Revolution. Ernst Thälmann rief uns damals zu, und seine Worte sind heute genauso wahr wie vor fünfzig Jahren:

"Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten...

... In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrunds gesehen. Und sie werden diesen Anblick niemals vergessen! Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der zweiten Revolution entgegen. Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht der 'Geschichte' an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft."

Fortsetzung von

Kommunistischer Arbeiter von Polizei verschleppt!

zu einem ersten Rückzug gezwungen: Die Demonstration in Duisburg wird genehmigt – obwohl in ganz Nordrhein-Westfalen gegen die Partei ein Demonstrationsverbot besteht.

Freitag, 5.10.: Günthers Rechtsanwalt bemüht sich mehrmals, Kontakt mit ihm aufzunehmen. Der zuständige Ermittlungsrichter läßt sich verleugnen, es heißt nur, Günther werde frühestens in 2 Wochen im Münchner Untersuchungsgefängnis Stadelheim eintreffen. Das bedeutet: Während des ganzen Wochenendes kann nichts mehr unternommen werden. Günthers Verlobte versucht, eine Besucherlaubnis zu bekommen, um ihm wenigstens das Nötigste zum Leben zu bringen. Sie wird von der Münchner Polizei angefahren: 'Der Mann ist nicht da, Besucherlaubnis wird es auch keine geben, es besteht Verdunklungsgefahr.' BIS HEUTE, SONNTAG, 7.10. IST GÜNTHERS AUFENTHALTSORT UNBEKANNT! BIS HEUTE HATTE ER KEINE GELEGENHEIT, MIT SEINEN VERWANDTEN ODER SEINEM RECHTSANWALT ZU SPRECHEN!

Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten!

Warum diese Nacht- und Nebelaktionen? Warum diese vollkommene Isolierung des Genossen? Warum dieses undurchdringliche Schweigen?

Günther Wagner ist Kommunist. Er schweigt nicht. Seine Kollegen kennen ihn als einen Mann, der offen seine Meinung sagt, der zu seinen Worten steht. Tausende von Arbeitern, Angestellten, Jugendlichen in ganz Westdeutschland kennen ihn als Inhaber des Spendenkontos '30 000 DM für einen Kindergarten in der Demokratischen Republik Vietnam', des Solidaritätkontos 'Freiheit für alle politischen Gefangenen!' Sie haben Vertrauen zu ihm Zehntausende von Mark haben sie auf dieses Konto für die kämpfenden Massen in Deutschland und der ganzen Welt gespendet.

Die Kapitalisten fürchten solche Menschen wie Günther Wagner. Warum sonst sollten sie ihn ins Auto zerren und verschleppen? Sie fürchten ihn und seine Genossen, weil sie täglich erfahren, daß die Anzahl der Arbeiter, Bauern und Studenten wächst, die erkennen: Kommunisten wie Günther Wagner haben recht.

Freiheit und Demokratie gibt es in diesem Staat nur für die, die bisher aus jeder Wirtschaftskrise, aus jedem Krieg mit heilen Knochen und dickem Geldbeutel herauskamen. Gegen diese Unterdrücker gibt es nur eins: Die Macht der Ausbeuter stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten.

Weil die Kapitalisten wissen, daß die revolutionäre Front gegen ihre Diktatur wächst, verschärfen sie ihren Terror gegen revolutionäre Menschen, vor allem gegen die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML.

Deshalb versuchen sie auch, die Proteste gegen die Verschleppung des Genossen Günther zu unterdrücken. Bei der Demonstration in Duisburg gegen die Verhaftung des Genossen machte die Polizei zur Auflage, daß diese Terrormethode nicht als 'Gestapomaßnahme' bezeichnet werden dürfte. Was aber ist das anderes? Das Flugblatt, um dessentwillen der Genosse angezeigt und verhaftet wurde, geißelt die Polizeimethoden in unserem Staat als brutale, faschistische Übergriffe auf die Rechte des Volkes. An ihm selbst hat die Polizei bewiesen, wie recht er hatte!

Aber die Kapitalisten irren sich, wenn sie glauben, sie könnten durch die Einkerkerung und Isolation einzelner Kämpfer den revolutionären Kampf ersticken! Auch wenn die Bourgeoisie mit ihren Elitetruppen die Macht in diesem Staat ausübt: Die Mehrheit bildet das Volk, aus seinen Reihen kommen die mutigsten Kämpfer für die Revolution – Kämpfer wie Günther Wagner, Sohn eines Arbeiters. Aus den Reihen des Volkes stehen 10 neue Kämpfer auf für einen Eingekerkerten! 'Solidarität' ist für das Volk kein leeres Wort, sie wird täglich geübt, an der Werkbank, in den Wohnvierteln. Wir haben sie erfahren bei den Kundgebungen und Demonstrationen für die Freilassung des Genossen Günther. Hunderte solidarisierten sich mit ihren Unterschriften gegen diese Verschleppung. Diese Solidarität wird auch den Genossen Günther freikämpfen!

Protestiert bei den Justizbehörden in Duisburg und München! Schreibt dem Genossen in die Haftanstalt München, Stadelheim. Beteiligt euch an den Kundgebungen und Demonstrationen gegen diesen Polizeiterror in ganz Deutschland!

KÄMPFT FÜR DIE FREIHEIT VON GÜNTHER WAGNER!
SPENDET AUF DAS SOLIDARITÄTSKONTO:

K. Sandmann, Dresdner Bank, Dortmund, Zweigstelle Borsigplatz, Kto. Nr. 81 355 107 / Stichwort Solidarität!

MITTEILUNG

Wir bitten unsere Leser und Freunde, auf das Konto des Genossen Günther, Sparkasse Essen-Rüttenscheid, Nr. 5 892 666, vorerst kein Geld mehr zu überweisen.

Solidarität mit Genossen Günther

Sofort nachdem die Verhaftung Günther Wagners bekannt wurde, organisierte die Partei den Kampf um seine sofortige Freilassung. Für diese Forderung gaben allein am Freitag in München innerhalb von einer Stunde 110 Menschen auf der Straße ihre Unterschrift. 80 unterschrieben während der Demonstration in Duisburg. Bereits am Freitag gab die Evangelische Studentengemeinde Bochum eine Pressemitteilung heraus, in der sie zum Protest gegen die Festnahme G. Wagners aufrief. Partei und Rote Garde in Duisburg sichern Günther in einem Brief ihre kämpferische Solidarität zu. Bei der Demonstration in Duisburg verlesen Vertreter der ESG Bochum, der Roten Hilfe Duisburg, ein Vertreter der Gruppe 'KPD', ein Abgesandter des Arbeitertreffs in Gießen und in Hannover, ein Vertreter der Partei aus Dortmund Protestresolutionen. Rund 350 DM werden allein bei der Demonstration in Duisburg gesammelt, 20,80 DM spendet der Arbeitertreff in Hannover.

Bei ihnen allen spürt man: Es gibt kein Nachlassen des Kampfes, bis unsere Forderung erfüllt ist:

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTHER WAGNER!

Kampf der Klassenjustiz

MÜNCHEN: PROZESS GEGEN ROLF POHLE

So sieht die 'weiche Linie' der Münchner Polizei aus: Das 'unabhängige Gericht' steht unter der Knute von Polizei und Staatsanwaltschaft. Fast kein Tag, an dem Pohle nicht aus dem Gerichtssaal verwiesen wird. Allein am 6. Verhandlungstag werden 4 Zuschauer wegen Zwischenrufen zu Haftstrafen verurteilt. Als Pohle gefesselt wird, ruft ein Medizinstudent: 'Das ist Folter!' Seither sitzt er wegen 'Fluchtgefahr' in Untersuchungshaft. Gleich am ersten Verhandlungstag wurde Pohles Verteidiger, Rechtsanwalt Niepel, vom Staatsanwalt verprügelt, vorübergehend festgenommen und wegen 'Widerstands gegen die Staatsgewalt' angezeigt. Der Antrag des Verteidigers, die schwerbewaffneten Polizisten aus dem Saal zu entfernen, wird abgelehnt. Begründung: Die Polizei besteht auf Bewaffnung, andernfalls werden alle Polizisten abgezogen. So willig beugt sich das Gericht diesem Polizeiterror!

FRANKFURT: PROZESS GEGEN PROLL UND HERZOG

Auch in diesem Prozeß herrscht die Polizei. Am ersten Prozeßtag war das Gericht von mehreren Hundertschaften mit Wasserwerfern umzingelt. Jeder Besucher wird mit elektronischen Geräten nach Waffen durchsucht. Während sich draußen Zuschauer drängten, blieben im Gerichtssaal Plätze leer, weil niemand eingelassen wird.

Mutig verteidigt Astrid Proll die Linie der Roten Armee Fraktion. Diese Linie ist falsch, sie ist massen- und parteifeindlich. Aber Astrid Proll zeigt, daß die Genossen der Roten Armee Fraktion ehrliche Kämpfer sind, die sich von der Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz nicht einschüchtern lassen, deren Widerstand auch durch Isolierhaft nicht gebrochen werden kann. Sie führen ihren Kampf vor den Schranken des Gerichtes weiter.



Politische Prozesse in Westdeutschland: Die Gerichtsgebäude gleichen belagerten Festungen. Das 'unabhängige Gericht' steht unter der Knute der Polizei.

BOCHUM: SPRETI - PROZESS

Im Prozeß gegen drei Redakteure der Bochumer Studentenzeitung vor dem Landgericht Bochum wegen "öffentlicher Billigung eines Mordes" – sie hatten die Ermordung des Botschafters Graf Spreti durch Volksbefreiungskräfte in Guatemala 1970 als gerechtfertigt bezeichnet – übte die Klassenjustiz verschärften Terror aus. **Dem Angeklagten Dillmann wurde vor Gericht gewaltsam eine schriftliche Erklärung abgenommen, um daraus neue Anklagen zu konstruieren. Beim Urteil gegen Dillmann ging der Richter über den Antrag des Staatsanwaltes – 1500,- DM Geldstrafe – hinaus und verhängte "spezialpräventiv" vier Monate Haft (drei Jahre auf Bewährung) und 1000,- DM Geldstrafe.**

DORTMUND: PROZESS GEGEN DEMONSTRANTEN

Anläßlich der Breschnew-Demonstration am 15.5. in Dortmund wurde auf offener Straße ein junger Arbeiter verhaftet und mit anderen Verhafteten für 1 1/2 Tage in den Luftschutzbunker Sonnenstraße gesteckt. Grund: In einer Plastiktüte trug er eine rote Fahne bei sich. Nun bekam er auch noch einen Strafbefehl über 100,- DM. Er legte Einspruch ein und hatte nun die Gerichtsverhandlung. Er klagte die Klassenjustiz an: "Erst wird man am heiligten Tag von der Polizei überfallen und eingesperrt und dann soll man auch noch erklären, warum man sich dort aufgehalten hat. Das wäre ja noch schöner! Er mußte mangles Beweisen freigesprochen werden.

Nach 6 Monaten Klingelpütz
Prozeß gegen Genossen Ulrich Krantzusch

Am 10.4.73 protestierte Ulrich Kranzusch mit tausend anderen gegen den Besuch des Faschisten Thieu in Bonn. Das Bonner Rathaus wurde besetzt.
Die Regierung reagierte sofort. Sie verhaftete mehrere Demonstranten, unter ihnen Genosse Ulrich.

Er wird am 15., 16., 17. in Bonn vor Gericht stehen. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchten Totschlag. Der erste Prozeßtag ist für Genossen Ulrich der erste Tag seit nunmehr bald sieben Monaten, an dem er seine Verwandten, Freunde und Genossen außerhalb der Mauern des berüchtigten Klingelpütz wiedersehen wird. 18 Wochen wurde er dort in Isolierhaft gehalten. Keiner durfte ihn besuchen, ein Kontakt zu Mithäftlingen war unmöglich.

Die Justiz erfand verschiedene Vorwände, um diese unmenschlichen Haftbedingungen zu rechtfertigen: Fluchtgefahr, Verdunkelungsgefahr.

Der wirkliche Grund ist ein anderer. An Ulrich Kranzusch soll ein Exempel statuiert werden. Was er in den letzten Monaten ertragen mußte, soll alle abschrecken, die mit revolutionärer Gewalt gegen solche Faschisten wie Thieu, vor allem aber gegen die Diktatur des Kapitals im eigenen Land heute schon kämpfen und in Zukunft kämpfen werden.

'Bewaffnung': das ist seit der Demonstration am Roten Antikriegstag in München 1972 ständiger Anklagepunkt gegen Genossen. Haftstrafen bis zu anderthalb Jahren werden deshalb verhängt.

Bewaffnung: das heißt bei Genscher und Weyer: Schnellfeuerwaffen mit allen Schikanen, Panzer. Bei Arbeitern, bei Kommunisten, heißt Bewaffnung seit München z.B. Fahnenstangen. In der Anklageschrift gegen einen Demonstranten gegen den Breshnew-Besuch stellt sich die 'gefährliche Waffe' gar als Schuh heraus. Sollen wir demnächst im Adamskostüm demonstrieren?

Es ist sonnenklar, die Kapitalistenklasse fürchtet sich nicht vor den Holzstangen in der Hand eines Kommunisten. Es geht ihr nicht um die angebliche Eisenstange in Uli Kranzuschs Hand. Sie weiß genau, ihre Anklage ist falsch.

Es geht ihr darum, mit Polizei- und Justizterror die revolutionäre Gewalt der Massen aufzuhalten, die sie bei den Streiks in diesem Herbst, bei den Kämpfen der Nordhorner Bevölkerung in ihren allerersten Anfängen zu spüren bekam. Wenn sie angesichts der Molotow-Cocktails von Nordhorn so wütend gegen die Holzstangen der Kommunisten vorgeht, dann vor allem deshalb, weil an diesen Stangen die roten kommunistischen Fahnen wehn, weil mit ihnen die Parolen getragen werden, um die sich in den immer militanter werdenden Auseinandersetzungen langsam immer mehr Revolutionäre scharen, um den Kampf bis zum Sturz des imperialistischen Staates, bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

ZUR KAMPAGNE: 'AUFENTHALTSGENEHMIGUNG FÜR MEHRDAD ADROM!'

An die Redaktion des ROTEN MORGEN Kempten, 4.10.73

In Kempten läuft gerade die Aktion: "Aufenthaltsgenehmigung für Mehrdad Adrom". Auch in meinem Betrieb (Mittelbetrieb) sammelte ich ungefähr 35 Unterschriften. Zwei Kolleginnen nahmen die Liste sogar mit nach Hause, um unter ihren Bekannten und Verwandten zu sammeln. Ein Lehrling nahm die Liste mit in den Fußballklub und bekam dort auch noch einige Unterschriften. Alle waren einhellig der Meinung: Adrom muß geholfen werden. Über die unverschämte Haltung der DBR, die Adrom ausweisen will, waren alle empört.

Im Ganzen bekam ich 60 Unterschriften zusammen.

Rotfront! Eine Genossin

Andere Genossen teilten noch weitere Erfolge in der Kampagne "Aufenthaltsgenehmigung für Mehrdad Adrom" mit: In einem Münchner Kleinbetrieb (Belegschaft: 250 Arbeiter) sammelten Genossen ebenfalls 60 Unterschriften. Sie haben sich vorgenommen, diese Anzahl bei einem Betriebsausflug auf 150 zu erhöhen.



An den Verlag Roter Morgen:

Als Abonnentin des Roten Morgen, den ich stets mit großem Interesse lese, möchte ich Ihnen heute einen kurzen Breif schreiben. Durch Zufall erhielt ich neulich das kleine Heft: 'Dokumentation zum Prozess gegen Ernst Aust', zu dem ich Stellung nehmen möchte.

Aus dieser Dokumentation habe ich selbst viel lernen können und ich möchte dem Vorsitzenden der KPD/ML auf diesem Wege von Herzen danken für seinen großen Mut und seine Kampfbereitschaft, die er vor Gericht bewiesen hat.

Dieser Mut gibt mir selbst die Kraft, mehr aus meiner zurückhaltenden Stellung herauszutreten und statt als Sympathisantin eine Möglichkeit der Aktivität zu suchen.

In unserer Zeit ist es so besonders notwendig, mutige Menschen als Vorbilder zu haben, denn vor allem wir etwas Älteren Jahrgänge haben immer wieder gegen eine Ängstlichkeit, die noch aus dem 3. Reich stammt, zu kämpfen.

Meine diesjährige Reise nach Albanien hat mich ebenfalls in meiner Zielsetzung sehr gestärkt und mir den richtigen Weg gewiesen.

Ich wünsche der Partei und Ihrer Arbeit mit Ihrem Vorsitzenden alles Gute und große Erfolge und überweise gleichzeitig einen Betrag von 500,- DM als Beitrag zur Strafe von Ernst Aust an das Solidaritätkomitee.

Mit solidarischen Grüßen
eine Sympathisantin aus Freiburg.

Umwelt

Giftschwaden in Kölner Strassen

Am Samstag, den 6.Oktober, versagte in der chemischen Fabrik Knappsack in Köln eine Pumpe, wodurch die biologische Kläranlage ausfiel und die giftigen Abwässer direkt in den Dufesbach strömten, der teils offen, teils unterirdisch durch ganz Köln fließt. Das löste Großalarm bei Feuerwehr, Polizei, Gesundheitsdienst, Technischem Hilfswerk u.s.w. aus. Das Gift, das in den Bach gelangte, Phosphoroxyd, ist schon bei mittlerer Konzentration tödlich und selbst bei schwacher Konzentration schwer gesundheitsschädigend.

Das 'Unglück' wurde erst entdeckt, als aus dem Bach und aus den Gullis in der Stadt giftige Schwaden stiegen und die Menschen in den anliegenden Häusern an den Giftdämpfen erkrankten. Die kapitalistische Wirtschaft, die alles bis auf das äußerste kontrolliert, die jede Bewegung eines Arbeiters auf das peinlichste zu ihrem Vorteil berechnet, findet es nicht nötig, ein Kontroll- und Sicherungssystem für so wichtige Anlagen wie bei Knappsack einzubauen. Sie tut so, als gäbe es solche Systeme noch nicht, dabei sind sie schon lange entwickelt. **Die Kapitalisten reden viel vom Umweltschutz und protzen damit, doch was sie wirklich tun, erkennt man an der Katastrophe in Köln und dem Giftmüllskandal von Hanau: ihre Profite hochtreiben, und wenn die Umwelt dabei zum Teufel geht.**

Auf den Müllkippen in Hessen, wo städtische Arbeiter bei der Beseitigung des Giftmülls vor Übelkeit umkippten und Bundeswehrsoldaten mit Gasmasken eingesetzt werden mußten, kommen inzwischen die Arbeiten zum Stillstand. Die großen Konzerne, die den Giftmüll produzieren, sind nicht bereit, für seine Beseitigung zu zahlen und schieben alles auf die 'öffentliche Hand', das heißt, wir sollen das mit unseren Steuern bezahlen. Kommunen und Bundesregierung schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Die Gefährlichkeit des Giftmülls wird systematisch heruntergespielt, die Meldungen in der Presse werden immer spärlicher und nichtssagender. So sorgt der Staat für die Kapitalisten, deren Werkzeug er ist, damit sie ihren Profit unbegrenzt steigern, um ihre imperialistische Politik in aller Welt durchsetzen zu können.

Die Skandale in Köln und Hanau sind aus der Unzahl solcher Fälle nur zwei, die durch Zufall entdeckt wurden. Wie groß die Gefahr für Umwelt und Trinkwasser wirklich ist, wird verschwiegen. Die Gefährdung des Lebens vieler Millionen Menschen durch Giftmüll und giftige Abwässer nimmt täglich unkontrolliert zu. **Das wird so lange so bleiben, wie der verrottete Staat der westdeutschen Imperialisten bestehen wird. Hier wird besonders eindringlich die absolute historische Notwendigkeit ersichtlich, daß das imperialistische System zerschlagen werden muß.**



Sieben Tote bei Nato - Manöver

Es ist Nacht und schon empfindlich kalt. Wir sitzen in unserem 8-Mannzelt bei Petroleumlicht. Da vernehmen wir ein aus der Ferne immer näherkommendes Dröhnen. Wir verlassen unser Zelt. Draußen ist es so dunkel, daß man die eigene Hand nicht mehr vor Augen sieht. Das Dröhnen ist mittlerweile so stark, daß die Heide wackelt. Da jagen auch schon mindestens 20 Panzer an uns vorbei. Sie haben mehr als 30 km/h drauf und nur ein schwaches Tarnlicht eingeschaltet. Ein Kollege meint: "Jetzt weiß ich auch, wo die ganzen Toten herkommen. Wenn die nur mit Tarnlicht fahren, kann es schnell passiert sein, daß Kameraden vom Panzer überrollt werden."

In der Tat hat es bei dem Manöver 'Big Ferrow', an dem wir teilnehmen müssen, bereits sieben Tote gegeben, nach offiziellen Angaben! An diesem Manöver, daß vom 12.9. bis 21.9. in der Lüneburger Heide stattfand, nahmen 42.000 Soldaten aus England, Holland und Westdeutschland teil. Neben 9.000 Räderfahrzeugen waren auch 2.000 Kettenfahrzeuge eingesetzt. Ziel des Manövers war es, die Elbe und den Elbe-Seitenkanal zu überqueren, der an manchen Stellen nur im 10 km-Abstand zur DDR-Grenze fließt. Mit diesem Manöver beweist der Nato-Block und insbesondere auch der westdeutsche Imperialismus wieder einmal, wie aggressiv er ist. Selbst in 'Friedenszeiten', bei Manövern, fordert er seine Opfer.

Nachdem die Panzerkolonne verschwunden ist, gehen wir zurück ins Zelt. "Wegen der sieben toten Kameraden müssen wir etwas unternehmen," fordert ein Kollege.

Wir beschließen, die Deutschlandfahne auf Halbmast zu setzen, um die anderen Kameraden auf die getöteten Kameraden aufmerksam zu machen, und bringen an den Militärfahrzeugen Trauerflor an. Ich sage zu meinen Kameraden: "Das reicht nicht. Dadurch, daß wir die Fahne auf halbmast setzen, können wir nicht weitere Tote verhindern. Dieses Manöver beweist doch, daß es ihnen darum geht, Krieg anzuzetteln, wenn sie sich stark genug fühlen." Ein Kamerad unterstützt mich und sagt: "Daß es ihnen um Krieg geht, sieht man am besten hier bei der Bundeswehr. Wir werden hier total unterdrückt und diszipliniert und haben pkratisch keine Rechte. Außerdem ist die Bundeswehr auf einem technisch hohen Stand."

Im weiteren Verlauf des Abends gibt es noch eine heiße Diskussion, wie man sich bei dieser Kriegsübung verhalten soll. Ein Teil der Soldaten im Zelt ist sehr kämpferisch. Sie wollen jedem offen ins Gesicht sagen, was sie von dieser Übung halten, ob Offizier oder Mannschaft und sich vor jeder Arbeit für die Übung drücken. Der andere Teil der Soldaten meint, man solle sich zurückhalten und versuchen, ein möglichst bequemes Leben beim Bund zu führen.

Ich sagte den Kameraden meine Meinung: Wir müssen für Kameradschaft und Zusammenschluß unter uns sorgen. Damit erreichen wir kein bequemes Leben. Aber was 1.000 mal wichtiger ist: Wenn wir uns nicht nur in der Armee zusammenschließen, sondern auch mit der Bevölkerung, unter Führung der KPD/ML, dann könenn wir einen neuen Krieg durch die sozialistische Revolution verhindern. Wir dürfen nicht unsere Meinung unterdrücken, in der Schule, in der Lehre, in der Armee, sondern wir müssen für das kämpfen, was wir brauchen: einen Sozialismus wie in Albanien und China. Erzählen wir aber den Offizieren von unseren Plänen, machen sie uns die Hölle heiß. Auf keinen Fall dürfen wir einzeln vorgehen. Gemeinsam wächst der Zusammenschluß untereinander — und das ist schließlich unsere stärkste Waffe."

An diesem Abend diskutierten wir noch lange über dieses Problem und lasen dazu einige Artikel aus dem Roten Morgen. Gelang es auch nicht, die Kameraden endgültig zu überzeugen, so sind wir doch einen Schritt weiter gekommen. Kleinere Kämpfe haben wir schon auf diese Weise durchgeführt.

KOLLEGE, HAST DU SCHON..?



Aus aller Welt

24 Staaten erkennen Republik Guinea - Bissau an

Die am 24. 9. von der PAIGC (Partei für die Unabhängigkeit für Guinea-Bissao und die Kapverdischen Inseln) ausgerufene Republik Guinea-Bissao ist bereits von 24 STaaten anerkannt, darunter Jugoslawien, Algerien, Libyen, Syrien und weitere afrikanische und arabische Staaten.

Die Republik wurde ausgerufen, nachdem unter Führung der PAIGC bereits über 75% des Landes befreit waren und die PAIGC durch Wahlen als Regierung bestätigt worden ist.

In einem Interview erklärte Aristides Perreira, als Vertreter der PAIGC, daß die Republik als Reaktion Portugals auf die Unabhängigkeitserklärung eine Intensivierung der portugiesischen Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung erwartet. Die PAIGC aber sei dabei, die Verteidigungsmaßnahmen zu verstärken und darüber hinaus den Kampf gegen Portugal zu intensivieren.

Vor der UNO-Vollversammlung forderte der Außenminister Burundis, Portugal aus der UN auszuschließen. Er begründete eine Forderung mit "schwerwiegenden Verbrechen" Portugals gegen die Bevölkerung von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau.

Die westdeutsche Regierung hat erklärt, sie wolle die Unabhängigkeitsbewegungen in Mozambique, Angola und Guinea-Bissao mit humanitärer Hilfe unterstützen. Doch die Bundesregierung hat keine ehrlichen Absichten.

Die Frelimo hat bereits Ende August die "Unterstützung" der Bundesregierung zurückgewiesen. In einem Interview erklärte dos Santos, Vizepräsident: "Sie wollten Portugal militärische Hilfe und zur gleichen Zeit uns Medikamente geben, damit wir unsere Wunden behandeln können." "Wir betrachten dies als eine unmoralische Position."

SCHLUSS MIT DER MILITÄRISCHEN UNTERSTÜTZUNG PORTUGALS!

ANERKENNUNG DER REPUBLIK GUINEA-BISSAO DURCH DIE BUNDESREGIERUNG!

Sowjetunion hält japanische Inseln besetzt

28 Jahre nach Kriegsende hält die sozialimperialistische Sowjetunion noch immer die japanischen Inselgruppen Habomai, Shikotan, Kunashiri und Etorofu im Norden Hokkaidos besetzt. Die japanischen Fischer wurden nach der Besetzung bei Nacht und Nebel nach der Insel Nemoru verjagt. Sowjetische Schiffe behindern sie jetzt nicht nur am Fischen in ihren angestammten Fanggebieten, sondern halten sie oft wochenlang willkürlich fest. **Die Sowjetunion baut die Inseln zu ihrem Marinestützpunkt aus.**

Gegen diese unrechtmäßige Besetzung hat sich in Japan eine breite Volksbewegung entwickelt. Auf Kundgebungen und Demonstrationen fordern tausende von Japanern die Rückgabe der Inseln. **Für die Rückgabe wurden in kurzer Zeit 1 280 000 Unterschriften gesammelt.** Sowohl die breite Öffentlichkeit als auch die Regierung Japans haben in diesem Zusammenhang das von den Sozialimperialisten vorgeschlagene "Kollektive asiatische Sicherheitssystem" abgelehnt, mit dem die Sowjetunion die Besetzung der Inseln verewigen möchte. Verhandlungen darüber vor der Rückgabe der rechtmäßig japanischen Inseln werden entschieden zurückgewiesen.